

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 23. Mai 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 60.

Die nächste Nummer (61) des „Korr.-  
respondent“ erscheint Donnerstag,  
den 28. Mai. □ □ □ □ □ □ □ □ □ □

## Zum Kölner Verbandstag!

Die Macht der Arbeiterbewegung steigt  
in der Stärke der Gewerkschaften. Ohne  
Gewerkschaften keine Arbeiterbewegung.

Schon einmal tagte an den grünen Ufern des Rheins eine Generalversammlung des Verbandes — im Juni 1899 in Mainz —, und sie wird wohl allen Teilnehmern für immer in angenehmster Erinnerung bleiben. Und wieder ist es eine Stadt am Rheinströme, welche in den nächsten Tagen das Parlament unsrer Organisation beherbergen soll: Köln, die alte Colonia Agrippina. „Aller Augen sind auf dich gerichtet“, kann man mit einer Variante sagen, soweit das Hoffen und Wünschen der Kollegen seit Monaten sich mit dem Ortsnamen Köln verdrängt. Dort soll die große Geistesfehde geschlagen werden um den ethischen Inhalt der Organisation, um die Zukunft, um das „Regierungssystem“, um die besten Lebensmöglichkeiten des Verbandes. Alles, was unklar erscheint in unsrer Organisation, soll in Köln geklärt werden, Differenzen sollen ausgeglichen und hoffentlich nicht neue geschaffen werden, und um auch der historischen Bedeutung dieser alten Bischofsstadt gerecht zu werden, soll zur Warnung für alle „Reher“ auch ein Scheiterhaufen errichtet werden. Wer da wohl auf einer Kuhhaut zum Richtplatz geschleppt und „ad majorem dei gloriam“ verbrannt werden soll?

Gewiß werden die Abgeordneten des Verbandes nichts unversucht lassen, die Wünsche ihrer Auftraggeber zu erfüllen, aber ein Blick auf die gestellten 389 Anträge lehrt ohne weiteres, daß dies nicht so einfach ist. Schon aus rein technischen Gründen wird eine gründliche Verhandlung aller Anträge gar nicht möglich sein. Nehmen wir an, von den 184 Delegierten würde jeder nur einmal, und zwar nur zehn Minuten lang, sprechen, um zu irgend einem der wichtigeren Anträge seine Meinung zu sagen, so würde dies einen Zeitraum von fünf Sitzungstagen erfordern. Wollte in der gedachten Zeitdauer aber jeder Delegierte zu allen gestellten Anträgen sich äußern, so würde sich eine Tagungsdauer von vier Monaten ergeben! Somit erweist sich, daß eine, sagen wir, zehntägige Verhandlungsdauer das Minimum an Zeit darstellt, das erforderlich ist, um nur die wichtigsten Anträge einigermaßen gründlich zu behandeln. Das ist durchaus nicht übertrieben. Denn berücksichtigt man die Erörterung über die tarifliche Lage, den Organisationsvertrag, die Ausschuß- und Spartenfrage, die Neutralität und den Prügeljungen für alles, den „Korrespondent“, die stundenlange Ausführungen weniger Redner mit sich bringen, denen wiederum die geöffneten Schleusen einer uneinräumbaren Diskussion folgen werden, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, welche Zeit für die übrigen Anträge noch übrig bleibt.

Für unsre Organisation, wie sie heute ist — innerlich wie äußerlich —, ist ein dreijähriger Zwischenraum von einer zur andern Generalversammlung ein viel zu langer. Was Wunder, daß in einer so langen Zeit eine Masse Müllschutt sich aufhäuft, der nicht gebannt werden kann, daß zahl-

lose Mißverständnisse über bestimmte Erscheinungen im organisatorischen und tariflichen Leben entstehen, und daß durch mancherlei Ereignisse auf diesen Gebieten Deutungsmöglichkeiten sich entwickeln, welche der Masse der Kollegen einen Ruhepunkt in ihrem Urteil in um so weitere Ferne rückt, je länger die Periode zwischen den einzelnen Generalversammlungen und damit einer endgültigen autoritativen Entscheidung liegt. Ein jahrelanges Hin- und Herwogen von Meinungsverschiedenheiten, nicht selten durchdrängt mit persönlichen Motiven, veränderte Dinge, neue Situationen geben zwar Stoff zur Kritik, zur Diskussion, die aber teils aus taktischen, teils aus praktischen Gründen resultatlos enden muß, weil nur die Generalversammlung den Weg aus diesem Labyrinth finden kann. Eine kürzere Zeitperiode bis zum Zusammentritt einer neuen Generalversammlung wird nicht mehr zu umgehen sein, wenn nicht schwere Störungen im Organismus des Verbandes eintreten sollen. Alle drei Jahre im Galopp eine Masse Anträge durchpeitschen, fast die Hälfte der Tagesordnung zum Schluß unter den Tisch fallen lassen, selbst die wichtigsten Sachen nur ungenügend verabschieden, dazwischen sich notdürftig mit Besprechungen u. dgl. begnügen, das kommt der Organisation materiell und ideell teuer zu stehen, als beispielsweise eine Generalversammlung, die alle zwei Jahre weit besser ihren Zwecken entsprechen könnte. Zwar wird auch damit nicht der Stein der Weisen gefunden sein, aber schon das Empfinden, in verhältnismäßig kurzen Intervallen alle Streitfragen in der Organisation an ihrer höchsten Stelle aufrollen und lösen zu können, wird in mancher kritischen Situation beruhigender wirken und eine leichtfertige Kritik vorsichtiger machen. Wie die Dinge heute liegen, muß ein Ventil geschaffen werden, das Lehren die Verhältnisse von heute und es werden auch die Debatten in Köln erhärten. Das ist unsre persönliche Meinung. Man wolle auch berücksichtigen, daß beispielsweise die Prinzipale im Buchdruckergewerbe alle Jahre ihre Generalversammlung abhalten, jedenfalls nicht zum Vergnügen, sondern aus praktischen Gründen.

Auf die einzelnen Anträge wollen wir in diesem Augenblicke nicht mehr eingehen. Einmal hieße es Wasser in den Rhein tragen, und zum andern würde es die Bedeutsamkeit der ganzen Tagung gering einschätzen heißen, vorübergehend mit ein paar Sähen außerordentlich weittragende und zum Teile folgenschwere Anträge abtun zu wollen. Wir haben es bisher vermieden, im „Korr.“ einen Einfluß auf die Kollegen bezüglich der gestellten Anträge auszuüben, außerdem sind die Delegierten in Köln einem solchen Einfluß auch nicht zugänglich. Wie wir, müssen auch sie wissen, was sie wollen und was sie zu beantworten haben. Nur das Verständnis für die Lage der Organisation und ein hohes Verantwortungsgefühl kann einen befriedigenden Ausgang der Kölner Tagung garantieren. Die nächsten Tage werden darauf die Antwort zu geben haben.

So heiß auch die Redeschlacht in Köln entbrennen mag, es muß sich durch sie wie ein roter Faden das Bemühen ziehen, damit der Gesamtheit nützen zu wollen. Mägen die Geister auch noch so scharf aufeinanderprallen, es muß in sachlicher

Weise geschehen. Eine sachliche Diskussion bildet den Prüfstein dafür, ob die Kölner Debatten auch befruchtend auf das Verbandsleben wirken können. Steht die Diskussion in Köln auf einer sachlichen Höhe, dann wird sie auch aufklärend, verbindend, einigend und versöhnend ausfallen, andernfalls man nur resigniert der Dinge harren kann, die sich nach Köln dann weiter entwickeln werden. Es muß eben jeder in der Diskussion einen Pflock zurückstecken, wenn sich eine Verständigung finden lassen und kein Stachel zurückbleiben soll. Schließlich sind die Debatten ja auch nicht zum Gaubium unsrer Gegner da. Ferner soll eine solche Tagung auch einen gewissen erzieherischen Einfluß ausüben, und es ist für die in wenigen Jahren so groß gewordene Mitgliedschaft Köln ein solcher Einfluß sehr zu wünschen, und zwar aus doppelten Gründen. Dieser Einfluß kann man sich wohl schwer verschließen. Sollte es aber anders kommen, dann muß man sich auch damit abfinden. Wir wünschen aber im Interesse des Verbandes, die Kölner Tage mögen sich würdig den Mainzer Tagen anreihen, dann können wir der Zukunft der Organisation mit berechtigtem Vertrauen entgegensehen. Was wir gelegentlich des 40-jährigen Verbandsjubiläums vor zwei Jahren im „Korr.“ geschrieben, es möge in diesen so bedeutungsvollen Tagen in das Gedächtnis unsrer Leser zurückgerufen und bei den Kölner Debatten allen Delegierten gegenwärtig sein, weil wir auch heute dafür keine andern oder bessere Worte finden könnten:

Kann die Kollegenchaft in Hinsicht auf ihre zukünftige Arbeit ziel- und planlos vor ihre Aufgaben gestellt werden wie etwa ein Gefling am ersten Tage seiner buchdruckerlichen Laufbahn vor einem Haufen Zwiebelstücke? Gewiß nicht. Wir erkennen aber auch daraus, daß nur die Anpassung an das geschichtlich Gewordene eine Erfüllung unsrer Aufgaben möglich macht, daß es kein andres Mittel zur Verteilung der Zukunft gibt als die Vergangenheit, und daß nur das Licht der Erfahrung unsern Pfad erleuchten kann. Es ist erklärlich, daß in einem Zeitraum von 40 Jahren und in unsrer schnelllebigen Zeit, in dem Hoffen und Drängen auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, sich vieles verwischt und namentlich den heranwachsenden Generationen der Zusammenhang der Dinge verloren geht. . . . Nur aus einer gewissen Oberflächlichkeit heraus läßt es sich verstehen, wenn die Kollegenchaft nicht untertaucht in die Vergangenheit ihrer Organisation. Aber man muß die Menschen eben nehmen, wie sie sind. Die Arbeit an ihrer, an unsrer steten Verbesserung wird nie aufhören, und des Publizisten Aufgabe ist es, soweit er hierzu fähig, sein bescheidenes Teil beizutragen. Und welche Aufgabe dürfte in diesem Augenblicke für den „Korr.“ wichtiger sein als die, geschichtlich Gewordenes zu beleben, sozusagen als Lehrstoff unsrer gemeinsamen Tätigkeit in der Organisation und im Gewerbe unterzulegen! Diesen Halt brauchen wir, wenn sich unsre Arbeit nicht verflüchtigen, wenn sie folgerichtig geleistet sein und mit einem nach Lage der Sache befriedigenden Resultate abschließen soll.

Es genügt nicht, wenn die Leiter einer Organisation sich auf diesem historischen Boden bewegen, vielmehr muß erreicht werden, daß bei dem Gros der Mitglieder dieser Zeit des organisatorischen Denkens aus- und fortgebildet wird. Wo können wir denn hin, wenn ungezügelter Eiferdrang, wenn das Feuer der Jugend, wenn vielleicht — wie heutzutage so oft zu beobachten — ein gewisser radikaler Parteistandpunkt maßgebend sein sollte für die praktische Tätigkeit unsrer Organisation? Die Trümmer der Organisation würden am Wege liegen, wenn ihre Angehörigen vergessen sollten oder nicht begreifen wollten, wie die Organisation geworden ist, was ihre Lebensbedingungen ausmacht, und wo mit ihrer Kraft die Organisation wurzelt. Dieses





erstattung über den Gantag entlegte sich der Vorsitzende in ausführlicher Weise. Diskussion wurde nicht beliebt. Ein Eingehen auf das Referat kann an dieser Stelle unterbleiben, da über die Tätigkeit des Gantags in einem besonderen Artikel berichtet wird. Das Johannisfest soll am 27. Juni im „Herrenhäuser Biergarten“ abgehalten werden. Vorgelesen wurde der Bericht über die Leipziger Handsegerversammlung am 17. März, der auf Veranlassung des Verbandsvorstandes im „Korr.“ keine Aufnahme fand. In der anschließenden Debatte wurde allgemein der Fehlspruch des Tarifamtes in Sachen des § 33 des Tarifs verurteilt, vor allem aber wurde der Verbandsvorstand wegen seines Verhaltens in der heftigsten Weise angegriffen, während dem Vorgehen Bogens' und Engelbrechts volle Anerkennung zuteil wurde. Mit dem Hinweis auf die Unmenge für die Gehilfen schädlicher Anschläge im Tarifkommentar wurde die Forderung vernüpft, daß auf keinen Fall der Tarif durchgehört werden dürfe zugunsten irgendeines Prinzipals. Die in Nr. 17 der „Mitteilungen für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Leipzig“ abgedruckte Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Jugoslawien.** A. D. In der am 16. Mai abgehaltenen Monatsversammlung, welche sehr zahlreich besucht war, wurde außer den internen Vereinsangelegenheiten die Auslegung des § 33 durch das Tarifamt einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die Verammlung erachtete die Ausführungen des Gehilfenvertreters Bogens als durchaus berechtigt; die Auslegung des Tarifamtes würde hingegen nicht unbedeutende materielle Schädigungen der in Berechnung stehenden Gehilfen zeitigen. Der von den Leipziger Handseger abgefaßten Resolution wurde gleichfalls einstimmig beigegeben.

**Hamburg.** (Korrekturenverein — Sitzung am 3. Mai.) Nachdem die Eingänge verlesen und ein neues Mitglied aufgenommen war, beantragte das Hauptinteresse die neue, aufs sorgfältigste aufgenommene Statistik. Mit Ausnahme von zwei Druckereien, in denen teils Gutenbergsbinder, teils Nichtbuchdrucker als Korrekturen tätig sind, waren alle Fragebogen ausgefüllt zurückgekommen. Sie umfassen 52 Korrekturen und 7 Hilfskorrekturen in Hamburg-Altona, drei in Lübeck und einen Korrektor in Bremen. Der Durchschnittslohn der Korrekturen in Hamburg beträgt 36,85 Mk., der der Handseger (in Druckereien mit Korrekturen) 36,52 Mk. Rechnet man auf jeden Korrektor die gewöhnlich zu geringe Zahl von 14 Handseger, so würden in Hamburg noch 18 Korrekturen mehr beschäftigt werden müssen. In der anschließenden Debatte wurde dann wieder das Thema behandelt, daß zwei tarifstrenge Druckereien ihre Korrekturen unter Tarif einlösen, und die Hoffnung auf baldige Abstellung dieses Zustandes ausgesprochen. Das Stiftungsfest soll am 21. Juni in gleicher Weise wie im Vorjahre durch einen Ausflug gefeiert werden.

**Leipzig.** In der in letzter Nummer des „Korr.“ unter „Leipzig“ abgedruckten Resolution muß es, was der Leser wohl bereits berichtet haben wird, statt Tarifvertrag Organisationsvertrag heißen.

**München.** Bericht über die Mitgliederversammlungen vom 7. und 14. Mai.) Vor Eintritt in die Tagesordnung hätte der Vorsitzende in beiden Versammlungen die traurige Pflicht zu erfüllen, von dem Ableben des Kollegen Theodor Reisinger bzw. der Kollegen Albert Willibald und Martin Stober Kenntnis zu geben, deren Anbenden in üblicher Weise durch Erheben von den Sigen geehrt wurde. Zur Aufnahme konnten 14 Kollegen empfohlen werden. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde das bereits im „Korrespondent“ an anderer Stelle veröffentlichte Resultat der Delegiertenwahl zur Kölner Generalversammlung bekanntgegeben. Von München wurden fünf Kandidaten gewählt. Der Vorsitzende erwähnte, daß in letzter Zeit wiederholt Beschwerden darüber eingegangen seien, daß Hilfsarbeiter die Arbeiten unfrer Berufskollegen in den Maschinenfabriken verrichten. In einer vom Vorstand einberufenen Maschinenmeisterversammlung solle speziell bezüglich der Rotationsbetriebe eine Aussprache gepflogen werden. Auf Grund der veranstalteten Statistik über die Verhältnisse in den hiesigen Maschinenfabriken überhaupt sei bereits in einigen Fällen vorgegangen worden bzw. werde die Sache weiter verfolgt. Unter den Prinzipalen greife mehr und mehr zur Vermeidung von Überstunden die gegenseitige Aushilfe Platz; die Mitglieder sollten beim Verlangen der Überstundenleistung im Bedarfsfalle auf dieses Mittel hinweisen. Nachdem in einer hiesigen größten Druckerei das Berechnen im gewissen Gelde einzuführen versucht wurde, ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, unter allen Umständen von ihren tariflichen Rechten vollen und nachdrücklichen Gebrauch zu machen. Dem seitens der Prinzipalität an die Redaktionen der verschiedenen Zeitungen gerichteten Ersuchen, künftighin keine durch Vertrauensbruch ermöglichte Indiskretionen mehr zu veröffentlichen, wie dies in letzter Zeit bezüglich Gesetzesvorlagen der Staatsregierung geschehen sei, wodurch eine schwere Schädigung des Buchdruckerberufes herbeigeführt werden könnte, hat sich der Vorstand auf Ersuchen gleich dem Gavourstand und den übrigen in Betracht kommenden Gehilfenorganisationen angeschlossen. Es wurde aber hierbei ausgesprochen, daß aus der Unterschrift nicht geschlossen werden dürfe, als hätten etwa die Mitglieder unfrer Verbandes die Vertrauensbrüche verübt; dies sei in keiner Beziehung erwiesen, und die Möglichkeit der Indiskretion durch andre, der technischen Herstellung völlig fernstehende Personen mindestens ebenso wenig von der Hand zu weisen. Im übrigen hätten es die Buchdruckerbesitzer, soweit sie Zeitungsverleger sind, durch Weisung an die Redaktionen selbst in der Hand,

solche Vorkommnisse zu vermeiden. Zur Kenntnis dienten die Einladungen zum unterfränkischen Buchdruckerstag in Würzburg und zu jenem in Frankfurt a. M. sowie des hiesigen Maschinenmeistervereins zu seinem 25. Stiftungsfest. Der Rechnungsbericht pro I. Quartal, der auf dem Wochentrapport veröffentlicht ist, wurde debattelos genehmigt und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Sodann wurde in den Haupttagesordnungspunkt eingetretet: „Stellungnahme zur Tagesordnung der Generalversammlung in Köln.“ Voreest wurde beschlossen, alle jene Punkte, welche mit „Korr.“ und Neutralität zusammenhängen, für die nächste Versammlung zurückzustellen und dort einen summarischen Vortrag zuzulassen. Unter der Gruppe: „Allgemeine und tarifliche Lage“, wurde von dem einen Teil der Redner allen jenen Anträgen zugestimmt, welche künftige Tarifserhöhungen für alle Gehilfen gleichmäßig verlangen und einschneidende Beschlässe des Tarifamtes von der Zustimmung der Gehilfenvertreter abhängig machen wollen. Es wurde das nach Meinung der Redner autokratische Regiment des Zentralvorstandes kritisiert, der Organisationsvertrag in seiner heutigen Form verurteilt, mehr Demokratie und Wahrung des Selbstbestimmungsrechts durch Einführung des Referendums bei entscheidenden organisatorischen und tariflichen Fragen verlangt. Die Führer hätten bei Abschluß des Tarifs und Organisationsvertrags ihre Kompetenzen weit überschritten. Gavoursther Seitz erklärte die Demokratie im Verbands für vorbildlich. Die Zukunft werde den Führern Recht geben. Der Organisationsvertrag dürfe nicht bloß unter den heutigen Verhältnissen beurteilt werden. Man müsse lieber einen Vorteil aufgeben als alles. Die durch das Vertrauen der Mehrheit gewährten Vertreter seien für ihre Handlungen verantwortlich; man könne den Entscheid nicht jedem einzelnen in die Hand geben. Der folgende Redner sprach sein Vertrauen zu den leitenden Kollegen aus. Zum Kapitel „Sparten“ folgten keine Wortmeldungen; der Vorsitzende verlas hierzu die so sehr angeordnete Stelle im Zirkulare des Zentralvorstandes und besprach die statthabende Spartenföngung. Unter den „Abänderungsanträgen zum Statut“ wurde der Antrag Kottbus befürwortet: Mitglieder, welche Organisationen angehören, die nicht auf moderner Grundlage beruhen, auszuschließen. Ein anderer Redner war wohl für Besoldung der Gavoursther durch die Zentralkasse, die Wahl müsse aber unter allen Umständen den Mitgliedern vorbehalten bleiben. Wenn Gavoursther und Gehilfenvertreter der Generalversammlung mit beratender Stimme angehören sollen, sei eine Erhöhung der Mitgliederzahl, welche auf einen Delegierten entfällt, von 400 auf 500 zu billigen, aber der Zentralvorstandsanzug auf 600 ohne diese Voraussetzung sei zu verurteilen. Je kleiner und erlufter der Preis, umso geringer die Einwirkung der Mitglieder, und die Verhandlungsbereitschaft der Kollegen. Seitz bewies, auf die Verhältnisse in andern Berufsorganisationen und sprach sich entschieden gegen den Antrag aus, welcher Gehilfenvertretern und Gavourstheren nur beratende Stimme auf der Generalversammlung zubilligen will. Bezüglich der „Unterstützungen und des Beitrags“ hielt die Versammlung an den Anträgen der Mitgliedschaft fest, welche unter Erhöhung des Beitrags um 15 Pf. (bei Fortfall der Leistungen und des Beitrags von 10 Pf. zur Gantasse) eine Zentralisierung und gleichzeitige Erhöhung der Reise- und Orts- sowie der Invalidenunterstützung verlangen. Bezüglich der Regelung der Ortszuschüsse wurde es als eine verfehlte Idee bezeichnet, sie von der Höhe des Lokalschlages und damit vom Tarif abhängig zu machen, wenn man bedente, wie ungenügend und ungerecht die Lokalschlüsse manchmal seien, und bei deren Festsetzung die Prinzipale nicht bloß stark interessiert, sondern auch ausschlaggebend seien, denen man also damit einen entscheidenden Einfluß auf die Tarifverhältnisse einräume. Unter „Verschiedenes“ Anträge“ fand der Antrag auf Herausgabe einer Geschichte des Verbandes für alle Mitglieder Befürwortung. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde sodann die Lokalsfrage und die Angelegenheit des Einbringens des Tarifamts in einer hiesigen großen Druckerei eingehend für und wider besprochen und sodann die Versammlung geschlossen. In der Fortsetzung am 14. Mai teilte der Vorsitzende Kollege Döhling zunächst mit, daß der Gutenbergsbund den Versuch gemacht habe, Verbandsmitglieder, welche katholischen Vereinen angehören, zu einer Besprechung einzuladen und dort in trüben zu fischen. Er habe sich ebenfalls dazu eingefunden, das christliche Vorhaben hätte jedoch seine Anwesenheit gesteuert und er sei nicht zugelassen worden. Nachdem die erhofften Verbandsmitglieder nicht anwesend waren, war somit der Fischzug mißglückt. Der Vorsitzende besprach sodann die statthabende Rotationsmaschinenmeisterversammlung. Auf die in dieser Angelegenheit erfolgte Stellungnahme des Hilfsarbeiterverbandes glaubte er vorläufig nicht eingehen zu sollen. Wir würden unfrer tariflich gewährtesten Rechte wahren, ohne die Hilfsarbeiter schädigen zu wollen. Es wurde sodann in der Tagesordnung zur Generalversammlung fortgesetzt. Kollege Unterholzner sprach in 1 1/2 stündigen Ausführungen über: „Neutralität in Theorie und Praxis.“ Er stellte die These auf, daß es für die Gewerkschaften keine absolute Neutralität gibt, sondern nur gegenseitige Toleranz in religiösen und politischen Angelegenheiten. Der Begriff der Neutralität sei nicht unänderlich feststehend, sondern elastisch, andere sich haben wie Brüben je nach Zeit und Umständen und entsprechend der Stellung des Beurteilenden. Man finde darin ein bequemes

Mittel, künstliche Scheidewände aufzustellen, um eine Vereinigung aller Arbeiter hintanzuhalten. Zur Beurteilung unfrer Arbeiterorganisationen müsse man aber den ihre Handlungen bedingenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen auf den Grund gehen. An der Hand von Beispielen suchte Redner sodann den Beweis dafür zu erbringen, daß weder staatliche noch kirchliche Behörden, weder Unternehmer- noch gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen die Neutralität wahren in dem Sinne, wie es von uns verlangt wird. Das korrekte Verhalten des Deutschen Buchdruckervereins erkenne er an. Selbst die größte Neutralität habe die Gründung von Gegenorganisationen nicht verhindert. In andern Ländern vollziehe sich die gegenteilige Entwicklung, welche bei uns erstrebt werde, so z. B. in England und Amerika nach der Richtung des Sozialismus. Die Arbeiterorganisationen seien gezwungen, den ihnen aufgebrängten Kampf zu führen, wollten sie nicht ruhig zusehen wie der Welt abgesehen wird, auf dem sie sitzen. Wenn sich die freien Arbeiter der Sozialdemokratie zureiten, als ihrer Berufsmittel Interessensvertretung, sei dies erklärlich und dieser natürliche Vorgang bei allen andern Unternehmer- und Arbeiterorganisationen ohne Unterschied zu beobachten. Redner belegte dies mit konkreten Beispielen. In der Kritik der Wegner liege aber die Gefahr, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die ebenso notwendige politische Aktion unterschätzen und vernachlässigen. Man müsse den in unseren Reihen hervortretenden Veruch der Propagierung einer reinen Gewerkschaftspartei, der den glänzenden Erfolgen der Gewerkschaften mit entzungen sei, mißbilligen als einer Zersplitterung der Arbeiterkräfte auf politischem Gebiete, ganz abgesehen von der derzeitigen gesellschaftlichen Unmöglichkeit. Eine zwangsmäßige gewerkschaftlich-politische Geselöchaft im Sinne des so bekämpften Absolutismus sei ein Reichtum starrer Disziplin und trage den Keim neuer Spaltungen auch auf gewerkschaftlichem Gebiete in sich. Die politische Neutralität könnte dann erst recht nicht gewahrt bleiben. Er sei wieder für Hyperneutralität noch für Ultraradikalismus; man solle beim Bestehenden bleiben. Es könne mit gutem Gewissen die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei anerkannt werden. Reghäusers Artikelserie sei Wasser auf die Mühlen aller Wegner gemein; es sei ein Verstum, den in der Person begründeten Streit zwischen Reghäuser bzw. „Korr.“ und einzelnen Parteizeitungen als einen Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen den Buchdruckerverband zu halten, den Verband und die Gewerkschaften von heute den Ansichten einzelner Parteiführer vor 20 und mehr Jahren gegenüberzustellen und darauf ein Urteil zu lauen. Kollege Reghäuser sei nicht objektiv gewesen, sondern habe ein Zerrbild von der Arbeiterpartei gegeben. Er habe nicht Einzelirrtümer und Fehler als solche angegriffen, sondern um ihrer willen die ganze Partei verworfen, dies zum Argument gegen die Partei und zum Unlab einer neuen Arbeiterpartei heruht. Jede Wissenschaft habe ihren Grund, warum nicht auch der wissenschaftliche Sozialismus mit seiner Verelendungs- und Katastrophentheorie. Marxismus und kommunistisches Manifest seien ein unvergänglicher Werkstein in der Kulturgeschichte, aus dem die Epigonen von heute ihre Weisheit schöpfen. Man müsse von der „Korr.“-Redaktion mehr Neutralität gegenüber der sozialdemokratischen Partei verlangen und verhindern, daß das Unglück weiterer Zersplitterungen bei uns seinen Ausgangspunkt finde; was auf gewerkschaftlichem Gebiete verurteilt würde, dürfe auf politischem nicht gestattet sein. Zum Schluß warnte Redner vor den Gefahren, welche die Erfolge der Gewerkschaften in sich bergen, vor Autoritätsglauben und Überschätzung, warnte davor, die Mitglieder als mitbestimmenden Faktor auszusprechen, weil die Ungenügsenheit erregt und der Boden für Selbstzerfleischung und Zersplitterung geebnet werde. Die Arbeiterbewegung unterliege sonst den gleichen Fehlern, denen alle andern Kulturbewegungen zum Opfer fielen. Die Geschichte der Buchdrucker seien untrennbar mit jenen der übrigen Arbeiter verbunden und könnten nicht ohne dieselben, sondern nur mit und durch diese einer Lösung entgegengeführt werden; davon dürften wir uns durch keine kleinlichen Erwägungen abhalten lassen. Die Diskussion bewegte sich teils im Sinne des Vortrags, teils zugunsten Reghäusers, wenn auch eine absolute Zustimmung zu seiner Haltung von keiner Seite erfolgte. Die Wegner hoben rüchichtslose Unterdrückung der Meinungen im „Korr.“ hervor, für die jegliche Toleranz sei nur der Respekt vor der Generalversammlung maßgebend. Bei aller Achtung vor den Fähigkeiten dürfe nicht alles gestattet werden. Reghäuser löse seine Hände mit der Partei nicht in die Mitglieder hineintrauen, seine Individualität mehr zurücktreten lassen und sich wo anders ausleben. Ein Redner verlangte, daß Reghäuser nicht wiedergewählt werde, weil er sich in Widerspruch mit der Kollegenschaft und den Kongreßbeschlüssen gestellt habe. Ein anderer Redner erkannte zwar Reghäusers Toleranz an, fordere aber als wirksamste Demonstration gegen ihn die politische Betätigung an hierfür geeignetem Orte. Die gegenteilige Meinung wurde darin vertreten, daß von Anhängern Reghäusers geltend gemacht wurde, das Recht, das man für sich beanspruche, müsse man auch ihm zugestehen, wenn man demokratisch sein wolle; er habe in dieser Frage alle zu Worte kommen lassen. Was Reghäuser gesagt, mußte gesagt werden, wenn es auch manchem nicht passe. Er könne nicht anders schreiben, als er getan, nicht anders, wie er denke. Schon vor Reghäuser hätte es Differenzen gegeben; andre und auch die Partei haben von uns gelernt. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker sei vorbildlich geworden, obwohl man sie früher bekämpfte. Kollege Reghäuser habe das

Verdienst; alle Angriffe zurückgewiesen zu haben. Die Beschlüsse der internationalen Kongresse hätten keine Verbindlichkeit für den Verband; erst wenn die Generalversammlung dieselben anerkennt, sei der Verband verpflichtet. Man müsse oft als Redakteur anders schreiben wie als Kollege. Man solle ihm auf der Generalversammlung die Meinung sagen, aber nicht abfägen. Redakteur habe immer für uns gekämpft. Damit war die Debatte erschöpft. Nachdem die Lokalfrage wiederholt aufgerollt wurde, aber dennoch keine definitive Erledigung fand, weil ein Antrag auf Vertagung dieses Punktes Unannehme fand, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**y. Rheindt.** Die letzte Versammlung, welche ausnahmsweise auf einen Samstag, gleich nach Feierabend, abgehalten wurde, hatte sich eines so zahlreichen Besuches zu erfreuen, wie selten zuvor. Die tariflichen Verhältnisse konnten als gute bezeichnet werden. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Kollege Schmitz, welcher als Gautagsbelegierter gewählt worden war, gab einen eingehenden Bericht von den Verhandlungen des Jahres. Die Kartellbelegierten machten die Mitteilung, daß das neugegründete Rheinhöher Kartell seine erste Sitzung abgehalten habe. Diejenigen Mitglieder, welche während der Generalversammlung den Verhandlungen in Köln beiwohnen wollten, erhalten Fahrvergütung.

**Rt. Reichsh.** Ungern nehmen wir noch vor der Tagung der Generalversammlung den Raum des „Korr.“ in Anspruch, doch ist dieser Bericht so notwendig, daß wir nicht anders können; er soll ein kleiner Situationsbericht über die im letzten Vierteljahre hier eingetretenen verworrenen Verhältnisse sein. Nachdem sich unsere Versammlungen bisher hauptsächlich mit internen und agitatorischen Angelegenheiten beschäftigt hatten, trat hierin eine lebhaftere Aenderung ein, nachdem wir im Januar dieses Jahres bei dem Kreisamt in Halle den Antrag auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Reichshöher stellten. Die erste Folge hiervon war, daß wir die beiden hier stehenden Gutenberghändler für den Verband gewannen, ebenso traten noch drei ältere verheiratete Kollegen dem Verbande bei, so daß wir bei der Unterzeichnung des Antrages 20 Verbandmitglieder neben vier „Widern“ waren. Hatte nun die in Betracht kommende Firma Albert Schulze bisher an ihren Gehilfen, welche fast alle schon längere Jahre in hiesiger Druckerei konditionierten, nichts auszuweisen gehabt, so wurde dies mit einem Male anders, als der betreffende Antrag an die Firma vom Tarifamt in Berlin zur Rückäußerung gelangt war. Die Wirkung des Antrages war so stark, daß Herr Schulze unserm Vorsitzenden Reichshöher erklärte, er nähme nun seine Rückficht mehr auf die Gehilfen, gleichgültig, ob sie verheiratet oder ledig; und wenn sie noch so lange hier wären, er würde sofort Kündigungen eintreten lassen, wenn die Arbeit etwas nachläßt, seine Gutmitigkeit würde doch gemißbraucht. Da Herr Schulze aber die Gehilfen nicht entlassen wollte, so mußten wir die Gehilfen bei so teuren Verhältnissen, wie hier, den Antrag stellen und dadurch ihre Lebenslage etwas zu heben hoffen, so nannten Sie das „Mißbrauch Ihrer Gutmitigkeit!“ Natürlich hat Herr Schulze alles Mögliche nichts genutzt, das Tarifamt sah unsern Antrag als berechtigt an und erklärte vom 1. Oktober d. J. ab wenigstens in betreff der Bezahlung die Ausnahmebestimmung für aufgehoben. Wenn wir nun vermuteten, daß die Antragsteller nicht in den Genuß des Entschlusses des Tarifamts kommen sollten, so sollten wir bald Gewißheit hierüber haben. Herr Schulze, welcher selbst Drucker ist, bestimmte, was jeder lesen soll und was und wieviel Vogen von jedem Werke täglich fortzugeben hätten. Natürlich gingen die Forderungen mitunter bis ins Grenzlose. Arbeiten, an denen noch drei Tage zu tun war, sollten und mußten am selben Tage fertig werden, natürlich ohne jede Hilfe eines andern Seher's. Leider war der Faktor nicht Mannes genug, um Herrn Sch. auf das Unmögliche seiner Forderung hinzuweisen. Herr Sch. konnte von ihm fordern, was er wollte, der Herr Faktor sagte alles zu. Natürlich mußte nun eine Anzahl Gehilfen ohne Willen des Prinzipals an der betreffenden Arbeit mithelfen und — Sonnabends auf das Werk die betreffenden Zeilen in Kontrollbücher schreiben, an welchen zu sehen der Herr Schulze die Herren bestimmt hatte. So kam es, daß an einem Werke, an welchem laut Bestimmung des Herrn Sch. drei Mann täglich zu setzen hatten, die ganze Woche nur einer Tag gesetzt wurde, aber laut Bestimmung des Herrn Faktors Sonnabends als sechs Tage daran gesetzt eingeschrieben werden mußten! Was Wunder, wenn einmal unter solchen Umständen aus 22 Vogen 53 wurden! Da wir unsere Arbeit lieferten, war es uns selbstverständlich ganz gleich, welchen Namen das betreffende Werk Sonnabends im Kontrollbuch erhielt. Herr Schulze will von diesem Einschreiben natürlich nichts gewußt haben, bis — wir unser obengenannten Antrag gestellt hatten. Jetzt auf einmal kam er dahinter, trotzdem schon seit Bestehen der Druckerei (21 Jahre) immer so eingeschrieben wurde, auch unter dem frühern Faktor. Die Kollegen, welche einmal hier konditioniert haben, und das sind nicht wenige, werden Herrn Sch. das bestätigen. Jetzt kam der Knalleffekt: Sieben Verbandsmitglieder erhielten gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wir jedoch konnten Arbeitsmangel nicht einsehen und nahmen an, daß diese Kündigungen wegen unsers gestellten Antrags auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen erfolgt seien. Wir mandirten uns daher an das Schiedsgericht in Halle, dessen Spruch zugunsten des Herrn Sch. fiel, weil das Gegenteil von Arbeitsmangel immer schlecht zu beweisen ist, zumal den Metententen sofort sämtliche Manuskripte abgenommen und

eingeschlossen wurden. Daß ein Arbeitsmangel, der die Kündigung von sieben Gehilfen, nachdem erst 14 Tage zuvor noch zwei eingestellt waren, nicht gerechtfertigt war, beweist, daß einen Tag, nachdem sie aufgehört hatten, vier neue Werke sofort angefangen wurden. Mit der Einstellung eines neuen Faktors, namens R. Weder aus Halle (Verbandsmitglied), erhofften wir etwas mehr Rücksicht zu haben. Aber weit gefehlt. Herr W. fing auf eine Art zu treiben an, daß wir nicht umhin konnten, über betreffenden Herrn Erbindungen einzugehen. Das Resultat war, daß wir von Herrn Weder's früherer Tätigkeit in Halberstadt und Halle erfahren, überall sei eine Unmasse Beschwerden über ihn eingelaufen. Da Herr W. auch noch anfang, nach Feierabend stundenlang zu setzen, so zogen wir uns von ihm immer mehr zurück; auch in unsern Versammlungen erschien er nicht, trotz persönlicher Einladung. Pöblich kam die Kündigung des Vertrauensmannes Reichelt, der schon über sieben Jahre in besagter Druckerei konditionierte. Diese Kündigung kam so plötzlich und überauschend, daß die andern Gehilfen daran gar nicht glaubten. Reichelt hat um Angabe der Gründe, natürlich vergebens, und wandte sich daraufhin an das Schiedsgericht in Halle mit dem Antrag auf Anerkennung der Maßregel. Die dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben, trotzdem Herr Weder im Auftrage des Herrn Sch. erklärte, Reichelt sei nur gekündigt, weil er an vier Tagen in fraglicher Woche Mt. 1.30 unter Minimum verdient hätte und wegen Verweigerung einer Krankspeise für den Stiefsohn des Herrn Schulze, der gar nicht in der Druckerei ist. Zwar bestritt Reichelt beides; doch konnte selbst das Schiedsgericht diese Gründe nicht anerkennen, eine Kündigung an einen Gehilfen auszusprechen, der über sieben Jahre zur Zufriedenheit der Leitung gearbeitet hat. Da Herr Schulze sich dem Schiedsgerichts-urteil nicht fügte, legten sämtliche Verbandsmitglieder unter Einhaltung der Kündigungszeit die Arbeit nieder. Leider waren es hier die beiden in den Verband übergetretenen Gutenberghändler, welche umfielen und ihre Kündigungen zurückzogen. Es sind dies die Herren Sommerlatte aus Reichshöher und Adolf Renner aus Schweidnitz i. Schl. Auch Herr Faktor Weder verließ den Verband, ebenso ein junger Kollege aus Bernburg, namens Hermann Friede. Sie wollten sich die „fette Pfründe“ nicht entgehen lassen; unsern Segen sollen sie dazu haben. Die weit die Firma mit den Antragstellern zur Aufhebung der Ausnahmebestimmung nach und nach räumen wollte, geht daraus hervor, daß in der Kündigungszeit des Vertrauensmannes zwei Gehilfen, die schon sechs und fünf Jahre hier und verheiratet sind, gekündigt wurde, trotzdem noch welche hier waren, die erst angefangen hatten. So hätte denn der Verband wieder einmal durch sein Eintreten für die Besserung der Lebenslage seiner Mitglieder eine Druckerei verloren. Der Vorstand des Gutenberghändlers in Halle hat die Nachricht von der Kündigung des hiesigen Vertrauensmannes mit großer Freude empfangen, er hat sich sofort an Herrn Faktor Weder bei so teuren Verhältnissen, wie hier, den Antrag stellen und dadurch ihre Lebenslage etwas zu heben hoffen, so nannten Sie das „Mißbrauch Ihrer Gutmitigkeit!“ Natürlich hat Herr Schulze alles Mögliche nichts genutzt, das Tarifamt sah unsern Antrag als berechtigt an und erklärte vom 1. Oktober d. J. ab wenigstens in betreff der Bezahlung die Ausnahmebestimmung für aufgehoben. Wenn wir nun vermuteten, daß die Antragsteller nicht in den Genuß des Entschlusses des Tarifamts kommen sollten, so sollten wir bald Gewißheit hierüber haben. Herr Schulze, welcher selbst Drucker ist, bestimmte, was jeder lesen soll und was und wieviel Vogen von jedem Werke täglich fortzugeben hätten. Natürlich gingen die Forderungen mitunter bis ins Grenzlose. Arbeiten, an denen noch drei Tage zu tun war, sollten und mußten am selben Tage fertig werden, natürlich ohne jede Hilfe eines andern Seher's. Leider war der Faktor nicht Mannes genug, um Herrn Sch. auf das Unmögliche seiner Forderung hinzuweisen. Herr Sch. konnte von ihm fordern, was er wollte, der Herr Faktor sagte alles zu. Natürlich mußte nun eine Anzahl Gehilfen ohne Willen des Prinzipals an der betreffenden Arbeit mithelfen und — Sonnabends auf das Werk die betreffenden Zeilen in Kontrollbücher schreiben, an welchen zu sehen der Herr Schulze die Herren bestimmt hatte. So kam es, daß an einem Werke, an welchem laut Bestimmung des Herrn Sch. drei Mann täglich zu setzen hatten, die ganze Woche nur einer Tag gesetzt wurde, aber laut Bestimmung des Herrn Faktors Sonnabends als sechs Tage daran gesetzt eingeschrieben werden mußten! Was Wunder, wenn einmal unter solchen Umständen aus 22 Vogen 53 wurden! Da wir unsere Arbeit lieferten, war es uns selbstverständlich ganz gleich, welchen Namen das betreffende Werk Sonnabends im Kontrollbuch erhielt. Herr Schulze will von diesem Einschreiben natürlich nichts gewußt haben, bis — wir unser obengenannten Antrag gestellt hatten. Jetzt auf einmal kam er dahinter, trotzdem schon seit Bestehen der Druckerei (21 Jahre) immer so eingeschrieben wurde, auch unter dem frühern Faktor. Die Kollegen, welche einmal hier konditioniert haben, und das sind nicht wenige, werden Herrn Sch. das bestätigen. Jetzt kam der Knalleffekt: Sieben Verbandsmitglieder erhielten gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wir jedoch konnten Arbeitsmangel nicht einsehen und nahmen an, daß diese Kündigungen wegen unsers gestellten Antrags auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen erfolgt seien. Wir mandirten uns daher an das Schiedsgericht in Halle, dessen Spruch zugunsten des Herrn Sch. fiel, weil das Gegenteil von Arbeitsmangel immer schlecht zu beweisen ist, zumal den Metententen sofort sämtliche Manuskripte abgenommen und

**Zr. Schleswig.** Einem Wunsche des hiesigen Ortsvereins entsprechend, hielt Kollege Köhlig (Kiel) in der Versammlung vom 16. Mai, zu welcher auch der Vorsitzende des hiesigen Kartells eingeladen und erschienen war, ein Referat über: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Aufgabe der Gewerkschaftskartelle“. Der interessante, wohlbedachte Vortrag hatte zur Folge, daß mit 16 gegen 13 Stimmen der Wiederanschluß an das örtliche Gewerkschaftskartell aufgegeben wurde. Freudigen Widerhall fand ein Schreiben seitens der Preussburger Mitgliederschaft, das dahin ging, mit den hiesigen Kollegen ein gemeinsames Johannisfest in unserm lieblichen Schleißthal zu feiern. Der Vorstand wurde beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

**S-z. Wadenburg.** Zu unserm am 16. Mai von 35 Kollegen besuchten Monatsversammlung hatten sich auch aus den Mitgliedern Gottesberg und Salzbrunn einige Kollegen als Gäste eingefunden, und wurden die Erschienenen vom Vorsitzenden aufs herzlichste begrüßt. Zu Eingang in die Tagesordnung wurde über den Punkt: Stellungnahme betreffs Wahl zur Generalversammlung, verhandelt. Der Vorsitzende Hoffmann erklärte, daß durch das betreffende Flugblatt, welches unser Gauvorsitzer Fiedler verfaßt haben soll, die Wahl des Kollegen Steinbrecher (Wreslau) auf keinen Fall beeinflusst worden wäre; Kollege Fiedler sei niemals der Verfasser des Flugblattes. Redner verurteilte vielmehr ein Flugblatt des Kollegen Gchner (Wreslau) aufs schärfste; die Abfassung desselben sei gewissermaßen dazu geschaffen, das Ansehen und die Stellung unsers Gauvorsitzers zu untergraben, und beziehe sich Redner vor, die Angelegenheit zum nächsten Gautage zur Sprache zu bringen. Nachdem nun noch verschiedentlich über die Angelegenheit diskutiert worden war, wurde eine vom Vorsitzenden abgestimmte Resolution mit einer kleinen Aenderung angenommen, gleichzeitig machte derselbe bekannt, daß er selbst durch die Erkrankung des Kollegen Fiedler zur Generalversammlung als Vertreter beufen sei. Jetzt wurde zum Hauptpunkt unserer Tagesordnung: Anschluß an das Gewerkschaftskartell, geschritten. Zur Begründung dieses Antrages ergreif der Antragsteller, Kollege Mieruch (Altwaasser), das Wort. In der Hand eingehenden Materials beleuchtete Redner den Nutzen und die Vorteile, welche ein Anschluß an das Gewerkschaftskartell bringe, stellte denselben als einen notwendigen Faktor hin zur Erlangung günstiger Arbeitsverhält-

nisse und als Schutz gegen die Unternehmer. Von 296 Ortsvereinen seien 240 bereits angeschlossen, nur 56 stehen dem Anschlusse noch fern; das wären meist Provinzbezirksvereine, und nur die mangelhafte Orientierung sei hieran schuld. Das Herbergswoesen habe entschieden darüber eine große Aufbesserung und Vervollkommnung erfahren, auch die Lohalffrage fände bei einer vollständigen Einigkeit der Arbeiter durch einen Boykott die einfachste Erledigung. Redner wies auf die Errichtung von Arbeitersekretariaten und auf die Rechtsauskunftstellen des Kartells hin, wie dadurch dem Arbeiter am besten zur Erlangung einer Rente verholven würde. Er empfahl den Kollegen den Anschluß aufs wärmste und forderte zur Annahme desselben auf. Wer nicht für mich ist, ist wider mich. In der nun folgenden Diskussion sprach sich Kollege Milsber (Waldenburg), gestützt auf persönliche Erfahrungen, entschieden gegen den Anschluß aus, das würde nur zu politischen Verschleungen und Uneinigkeiten im Verbands führen; die Folgen eines Anschlusses wären unübersehbar, der Verband würde entschieden in ein rotes Fahrwasser gelangen. Kollege Hoffmann ergriff nun zur fasslichen Erwidrerung gegen Kollegen Mieruch das Wort. Der Antrag käme nun schon zum zweiten Male; Redner wies entschieden auf die Mehrausgaben hin, welche dadurch entstehen würden; in den Kartellen werde niemals die Neutralität gewahrt, Gewerkschaften und Partei befänden sich selbst in einer Krise. Hervorragende Parteipolitiker haben die Gewerkschaften für überflüssig erklärt, ein Anschluß schädige nur unsere Vereinsinteressen; auch ohne Anschluß könnten wir die Arbeiterchaft unterstützen, eine Beitragserschöpfung würde ganz bestimmt erfolgen, und könne dieselbe doch nur in einer außerordentlichen Generalversammlung bei zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden. Selbst die Schweidnitzer Kollegen seien durch die Mehrausgaben gezwungen worden, aus dem Kartell auszutreten. Schon, als der Antrag das erste Mal beraten wurde, seien wir nach dessen Ablehnung von der „Volksmacht“ angepöbel worden und als „fiese Kinder“, welche sie nicht gebrauchen könnten, hingestellt worden. Kollege Mieruch erklärte in seinen Schlussworten, die Kartellbewegung schwimme in feinem roten Wasser, nur Arbeiterpolitik würde in den Kartellsitzungen getrieben, eine Erhöhung des Beitrags könne sich höchstens nur auf 5 Pf. belaufen; wenn sich die Kollegen in der schwarzen Rheingebend bei einem Beitritte zum Gewerkschaftskartell an nichts gestoßen hätten, dürften es die hiesigen Mitglieder am allerwenigsten tun; Redner betrachtete den Verband als eine Versicherungsanstalt und hat die Versammlung nochmals um Prüfung und Annahme des Antrages. Bei der nun stattgefundenen Abstimmung durch Stimmzettel wurde der Antrag mit 23 Stimmen gegen 12 Stimmen abgelehnt. Die Bezirksversammlung wurde am 14. Juli im Saale der „Gorbauer Bierhäuser“ in Waldenburg abgehalten, beschlossen, daß die Erledigung der Angelegenheiten der Gewerkschaften durch die Versammlung mit einigen herzlichen Worten an die erschienenen Kollegen geschlossen.

## Rundschau.

Ferien! In der Stempelfabrik Pfau & Co. in Halle a. S. wurde ein dreitägiger Urlaub ohne Karenzzeit eingeführt. Ebenfalls in Halle ließ die Firma Jovis hoff eine Ferienverlängerung durch Herabsetzung der Karenzzeiten eintreten. Es werden nunmehr nach zwei Jahren drei Tage und nach fünf Jahren sechs Tage gewährt. — In Kaiserslautern hat die Firma H. Mohr (Inh. Emil Mohr) ihrem Personale drei Tage Ferien gewährt und eine fünfjährige Karenzzeit festgesetzt. Im nächsten Jahre soll eine Verbesserung in der Urlaubsbegünstigung eintreten. — Die Firma G. Vitz & Co. („Mündchner Post“) hat für ihr Gesamtpersonal die Ferien erweitert. Es werden nunmehr vier Arbeitstage nach einem Jahr, acht nach einem bis drei, zehn nach drei bis fünf und zwölf Arbeitstage nach länger als fünfjähriger Beschäftigungsdauer freigegeben. Für die Metreure verlängert sich der Urlaub um drei Tage. Bisher waren achtstägige Ferien für alle länger als ein Jahr Beschäftigten üblich.

Zu 93 Proz. tariffrei sind die Buchdruckereien des Königreichs Sachsen. Die „Zeitschrift“ erwähnt bei der Mitteilung von einer erneuten Eingabe an die städtischen und Gemeindebehörden, nur die der Tarifgemeinschaft angehörenden Druckereien mit behördlichen Druckaufträgen zu bedenken, daß von den 7800 in Sachsen beschäftigten Buchdruckergehilfen nahezu 7200 in Tarifdruckereien arbeiten. Das würde den angegebenen hohen Prozentsatz ergeben.

Eine Zeitungsfehde wegen Verhüllungszielterei ist zwischen der „Neustettiner Zeitung“ und der „Norddeutschen Presse“ daselbst entbrannt. Das erste genannte Blatt sagte dem letzteren, im Besitze von Herzbergs Erben befindlichen, derb die Wahrheit, daß es bei 6—7 Gehilfen neun Lehrlinge beschäftigt. Man kann vollständig unterschreiben, was die „Neustettiner Zeitung“ ausführt über die Schädigungen, die durch eine solche Verhüllungszielterei dem Gewerbe zugefügt werden. Wenn in so kleinen Provinzorten die Tarifgemeinschaft und ein geordnetes Verhüllungswoesen eine solch entschiedene Verteiligung finden, so kann das nur begrüßt und zur Nachahmung bei ähnlichen gelagerten Verhältnissen empfohlen werden.

Falsche Sparsamkeit war es, die den Magistrat von Pilsfeld bei den Vorbereitungen zu den preussischen Landtagswahlen leitete. 15000 Urmähler mußten per Karte benachrichtigt werden, welchem Bezirke sie zugeteilt

find. Die Karten hätten, nach Bezirken gleich im Drucke numeriert, etwa 90 Mt. gefostet. Es fand sich aber ein sogenannter billiger Drucker, der für 29 Mt. die Sache machen wollte. Aber es mußte nun nicht nur die Nummerierung nach den Wahlbezirken handschriftlich vorgenommen werden, womit eine ganze Anzahl von Beamten beschäftigt wurde, sondern das schloß auch, daß die Post diese Karten nun nicht mehr als Drucksache gelten ließ. Dadurch erwuchs dem Magistrat in Bielefeld eine Mehrerausgabe an Porto von 220 Mt., wie er jetzt zur Wiberlegung einer früher aufgestellten, bedeutend höher lautenden Meldung nun selbst zügelt. Der Bielefelder Magistrat wird künftighin bei Verteilung von Druckaufträgen wohl nicht wieder auf den billigsten Mann reflektieren, dieser Reinfall dürfte ihn kuriert haben.

Eine veränderte Stellungnahme zur Tarifgemeinschaftsfrage haben die Stadtverordneten in Hagen eingenommen. Einer der Stadtväter brach nämlich für die Nichttarifizierung Umbruch eine Lanze; sie solle ferner nicht mehr von der Herstellung der städtischen Druckfachen ausgeschlossen sein. Der Stadtverordneten-Vorsteher sowohl als eine ganze Reihe von Rednern machten sehr sympathische Ausführungen über die Tarifgemeinschaften, deren Förderung als Aufgabe auch einer Stadtverwaltung bezeichnet. Die Debatte war so anregend, daß eine nochmalige Aussprache über die Tarifverträge stattfinden soll. Nach dieser von der überwiegenden Mehrheit der Redner geführten vorzüglichen Verteidigung der Tarifgemeinschaft muß es um so bestrebender wirken, daß schließlich mit 23 gegen 11 Stimmen ein Antrag angenommen wurde, daß die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft nicht Voraussetzung bei Vergütung städtischer Arbeiten sein soll. Man kann diesen Beschluß nur bedauerlich nennen, denn er bedeutet das grundsätzliche Aufgeben eines Standpunktes, der sozialverständig ist.

Außer den in Nr. 58 erwähnten drei größeren Veranstaltungen finden auch zwei süddeutsche Kollegentage zu Pfingsten d. J. statt. In dem schon gelegenen Würzburg werden sich zu einem zweiten fränkischen Buchdruckerstage die Kollegen der Druckorte Unsbach, Völschhausen, Bamberg, Erlangen, Fürth, Kissingen, Koburg, Nürnberg, Rothenburg, Schweinfurt und aus verschiedenen kleineren Orten noch vereinigen. Das unsre in Würzburg versammelten Kollegen, bei denen der bayrische Gauvorsteher, Kollege Seig, als Festredner das Vertrauen zu unserer Organisation noch stärken und zu erneuter gemeinsamer Arbeit aufmuntern wird, gleich den in Königsberg zum Preussentage versammelten ihre Zusammenkunft zu einer eindrucksvollen Rundgebung gestalten werden, unterliegt für uns keinem Zweifel. — Frankfurt a. M., die alte Mainstadt von Weltruf, wird in seinen Mauern zu Pfingsten im gewissen Sinne einen süddeutschen Buchdruckerstag veranstalten. Durch die Beteiligung der Kollegengesangsvereine aus Heilbronn, Mannheim, Kaiserslautern, Mainz, Offenbach und Wiesbaden wird das Jubiläumsfest des Gesangvereins Gutenberg in Frankfurt a. M. zu einem solchen werden. Deputationen aus Stuttgart und Heidelberg sowie die Teilnahme des Bezirks Warburg werden wesentlich dazu beitragen. Wir glauben und hoffen, daß diese Feiern noch für manchen Kollegen der Druckorte um Würzburg und Frankfurt Veranlassung sein werden, sein Pfingstprogramm auf die Teilnahme an einem dieser beiden Kollegentage einzurichten.

Eine angenehme Überraschung wurde dem Personale der Firma Philipp Reclam jun. in Leipzig zuteil. Anlässlich des Erscheinens des 5000. Bandes von Philipp Reclams Universalbibliothek wurde nämlich jedem Angehörigen eine hübsch ausgestattete kleine Enveloppe überreicht, deren Inhalt für Sezer und Drucker je 30 Mt. in Papiergeld, für Lehrlinge 10 und 20 Mt., für Hilfsarbeiter je nach den Beschäftigungsjahren bis zu 20 Mt. und für Mädchen 10 Mt. bildeten. Unter dem Personale herrschte an dem Tage über diese praktische Art, der Mitarbeiter zu gedenken, natürlich eitel Freude.

Wenig Glück beim Prozessieren hat die in den letzten Wochen in „Korr.“ mehrmals, jedoch nicht in rühmlicher Weise genannte Firma L. Handorf in Kiel. War es das erste Mal ein Ausgelernter, der die ihm während der Lehrzeit wöchentlich gemachten Lohnabzüge mit Erfolg einklagte, so hatte jetzt ein früherer Druckereibesitzer die Rolle des Klägers gegen Handorf übernommen. Nachdem ersterer seine Druckerei an H. verkauft hatte, trat er in dessen Druckerei mit hohem Gehalt als „Direktor“ ein. Doch die Herrlichkeit dauerte nicht lange, eines Tages wurde der Herr Direktor plötzlich entlassen. Die von ihm auf Zahlung von 220,79 Mt. angestrebte Klage wegen vorzeitiger Entlassung verließ für H. ungünstig, denn die von H. aufgestellte Behauptung, Kläger habe nicht die Interessen der Firma wahrgenommen, wurde durch die Beweisaufnahme widerlegt.

Konkurrenzöffnung: Süddeutsche Druckereigesellschaft, G. m. b. H., in Stuttgart.

Unbegreiflicher Leichtsinns von vier Stereotypen hat in Budapest zu einer Katastrophe geführt. Die „Buchdruckerwoche“ schreibt darüber: Am Morgen des 29. April unternahm in Budapest vier Stereotypen nach angelegter Nacharbeit eine Rahnfahrt auf der Donau. Dabei machte Joseph Lochner, ein vorzüglicher Ruberer und Schwinmer, Brauervirtuose, wobei der Rahn plötzlich umkippte. Zwei der ins Wasser gefallen Kollegen konnten gerettet werden, während Lochner, den ein Hershlag traf, und Anton Medner, 38 Jahre alt und verheiratet, der von einem Krampfe befallen wurde, in den Wellen umkamen.

Die Fusion der „Nationalzeitung“ mit der „Post“ dürfte gesichert sein. Die Redakteure der „Nationalzeitung“ sollen dem Besitzer erklärt haben, sie würden ein Eingehen des Blattes lieber sehen als eine Verbindung mit der „Post“, dem bekanntesten Scharfmacherorgane. Die „Nationalzeitung“ bestand am 1. April d. J. 60 Jahre. Es ist auch ein Zeichen der veränderten Verhältnisse, daß jetzt so alte Zeitungen zum Eingehen oder zu solchen Kombinationen gezwungen werden.

Ein schweres Urteil gegen einen Redakteur wurde in Karlsruhe gegen den Redakteur Herzog von der Zeitung „Badische Presse“ gefällt: ein Jahr Gefängnis. Mit diesem Resultat endete nämlich der neueste und umfangreichste Molitor-Prozeß (Wärfare Haut).

Sechs Wochen Gefängnis erhielt der Redakteur Reimling von der „Leipziger Volkszeitung“ wegen Verleumdung des Kriegsgerichts der ersten preussischen Gardebrigade (Göbenau-Lynar-Prozeß).

Ein abgeklärter Streikbrecher hat nun auch vom Oberlandesgericht in Raumburg attestiert bekommen, daß den im allgemeinen sehr gefähigsten Arbeitswilligen die Bäume denn doch nicht in den Himmel wachsen. Der „Borm.“ berichtet über die Angelegenheit folgendes: Als im Jahre 1905 in Magdeburg ein Tischlerfreier ausbrach, arbeitete der unorganisierte Tischler August Neubauer weiter. Nach Beendigung des Streiks strengte Neubauer gegen den Deutschen Holzarbeiterverband eine Entschädigungsklage auf 1137,50 Mt. an. Er behauptete, in einer Versammlung des Holzarbeiterverbandes und später auch an andern Orten sei erklärt worden, daß man die Streikbrecher aus der Arbeit bringen würde, sobald die Tischlermeister wieder in voller Arbeit ständen. Besonders habe man ihn, Neubauer, aufs Korn nehmen wollen. Die dahingehende Tätigkeit des Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes habe denn auch zur Folge gehabt, daß er mehrfach seine Arbeit bei verschiedenen Meistern verloren und andre dauernde Arbeit nicht wieder gefunden habe. Das Landgericht Magdeburg wies Neubauer mit seiner Klage ab und das Oberlandesgericht Raumburg hat sich dieser Entscheidung angeschlossen. Der Kläger habe nicht nachzuweisen vermocht, daß der Bevollmächtigte des Holzarbeiterverbandes gegen die guten Sitten verstoßen habe, obwohl in einigen Fällen festgestellt worden sei, daß er (Kläger) infolge der Tätigkeit des Bevollmächtigten seine Arbeit wieder aufgeben mußte. Daraus lasse sich zwar entnehmen, daß dem Kläger die Wertung seiner Arbeitskraft erschwert worden sei, aber die Erschwerung war nicht derartig, daß sie einer Vernichtung oder auch nur Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz gleichkam. Besonders bestätigt werde das durch das Zeugnis eines Tischlermeisters, der Neubauer vier Monate beschäftigt und nur entlie, weil er oft zur Arbeit zu spät kam und zu faul war.

### Gestorben.

- In Freiburg i. Br. am 1. Mai der Sezer Karl Singrün, 34 Jahre alt — Herzschlag.
- In Fürth am 12. Mai der Sezer Hans Rabus, 26 Jahre alt.
- In Halle a. S. am 16. Mai in der dortigen Klinik der Sezer Paul Moser aus Sondershausen, 58 Jahre alt.
- In Heidelberg am 19. Mai der Schweizerdegen Konrad Löwenstein, 49 Jahre alt.
- In Kassel am 12. Mai der Sezer Herm. Pfender aus Wallefeld, 54 Jahre alt — Blutleckenkrankheit.
- In Krimmitschau am 11. Mai der Mitinhaber der Firma Wöttcher & Neumertel, Buchdruckerbesitzer Julius Richard Wöttcher.
- In Leipzig am 10. Mai der Sezer Gustav Hermann Andra, 20 Jahre alt; am 17. Mai der Faktor Christian Schmidt aus Bayreuth, 57 Jahre alt — Lungentzündung; an demselben Tage der Faktor Artur Schöb, 46 Jahre alt.
- In Mainz der frühere Mitinhaber der Florian Kupferbergischen Druckerei, Max Fischer.
- In Mülheim (Ruhr) der Buchdruckerbesitzer Wilh. Portmann jr., 41 Jahre alt.
- In Queblinburg der Prinzipal Fr. Wendehake.

### Briefkasten.

R. G. in Frankfurt a. M.: Das war nur übersehen worden, beginnend durch das Fehlen einer Angabe. Leider kann keiner anwesend sein. Nach Köln gibt es alle Hände voll zu tun. Freundlichen Gruß! — W. M. in Krimmitschau: 10 Mt. Ihr Vermessen ist begründlich, da an mich die direkte Weisung erging, wenn Dienstag nicht möglich, auf jeden Fall zu unterlassen. — G. in G.: 3,70 Mt. — H. Kr. in Stübik: Nur von Funktionären in Verbandsangelegenheiten werden dergleichen Aufforderungen ausgenommen. Für Sie käme nur ein Inserat in Betracht.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, L. Fernsprechamt VI, 11191.

### Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eigenen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfall haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für:

- Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speichergasse 29.
- Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue de Tunnel 1.
- Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro.
- Österreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25.
- Ungarn: Julius Peidl, Redakteur der „Typographia“, Budapest VI, Hunyadi-ter 3, 1.
- Kroatien: Ludwig Wieser, Präsident des Kroatischen Buchdruckervereins, Agram, Primorska ulica 2.
- Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Milizagasse 3.
- Bulgarien: St. Jakimoff, Sofia, Staatsdruckerei.
- Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol. Nr. 1 (Bursa Muncel).
- Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.
- Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15.
- Frankreich: A. Keuter, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
- Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstrasse 7.
- Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
- Holland: P. Hols, Amsterdam, Kloveniersburgwal 56.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nyrogade 12.
- Norwegen: Ole O. Lian, Kristiana Storgaden 20.
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobskatan 22a.
- Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltaasaari 6-8. Berlin.

**Halle a. S.** Der Kollege Wilhelm Sonntag aus Breech wird aufgefordert, die von den hiesigen Vereinsbibliothek entlehnten Bücher sofort an den Ortskassierer Franz Schürmer, Kleine Klausstraße 7, postfrei einzusenden.

**Menden i. W.** Die Verbandsfunktionäre, welche die Adresse des Druckers Alfred Bonen jensen aus Schweidnitz angeben können, werden gebeten, dieselbe sofort an den Ortsvereinsvorsitzenden Mag. G. Schürmer hierher selbst gelangen zu lassen.

**Spandau.** Der Sezer Kurt Kaiser aus Riesa an der Elbe, Hauptbuchnummer 49235, vermutlich zurzeit in Berlin, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem hiesigen Ortsvereine sowie den Kollegen gegenüber nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

### Adressenveränderungen.

- Bezir. Offen.** Kassierer: M. Adamczewski, Luisenstraße 32, II (ab 27. Mai).
- Bremen.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Wilh. Reuß, Klopffstraße 87, III.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

- In Ubelheim der Schweizerdegen Ernst Gräf, geb. in Ubelheim 1874, ausgel. daf. 1893; war noch nicht Mitglied. — In Tauberbischofsheim die Sezer 1. Ludwig Eberwein, geb. in Tauberbischofsheim 1889, ausgel. daf. 1908; 2. Ferd. Häfner, geb. in Tauberbischofsheim 1889, ausgel. daf. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — R. Schneider in Heidelberg, Obere Redarstraße 11 b.
- In Altensteig der Schweizerdegen Joel Gabel, geb. in Ebershardt (D.-U. Nagold) 1890, ausgel. in Altensteig 1908; war noch nicht Mitglied. — In Wiberaach der Sezer Heinrich Herrmann, geb. in Knittlingen 1891, ausgel. in Maulbronn 1908; war noch nicht Mitglied. — In Cannstatt der Drucker Fritz Köhler, geb. in Sträßburg 1880, ausgel. in Heidelberg 1897; war schon Mitglied. — In Heilbronn 1. der Drucker Paul Halb, geb. in Heilbronn 1890, ausgel. daf. 1908; 2. der Sezer Karl Reil, geb. in Eichenheim 1888, ausgel. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Pforzheim der Drucker Robert Jovenal, geb. in Serres (D.-U. Maulbronn) 1890, ausgel. in Pforzheim 1908; war noch nicht Mitglied. — In Reutlingen der Sezer Konrad Herrmann, geb. in Reutlingen 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Rottenburg a. N. der Sezer Karl Aranz, geb. in Ergingen 1890, ausgel. in Rottenburg a. N. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Rottweil der Sezer Eugen Faist, geb. in Rottweil 1890, ausgel. daf. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart die Sezer 1. Max Dempel, geb. in Stuttgart 1890, ausgel. daf. 1908; 2. Friedrich Müller, geb. in Augsburg 1890, ausgel. in Stuttgart 1908; 3. der Drucker Karl Reuther, geb. in Stuttgart 1890, ausgel. daf. 1908; 4. der Galvanoplastiker Ernst Schneider, geb. in Stuttgart 1890, ausgel. daf. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Uraach der Drucker Hermann Hilyer, geb. in Kirchberg a. M. 1890, ausgel. in Stuttgart 1908; war noch nicht Mitglied. — Karl Arie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.
- In Bernburg der Drucker Karl Radtke, geb. in Güssen 1889, ausgel. in Bernburg 1908; war noch nicht Mitglied. — Otto Herwig in Ufersleben, Schußstieg 11.
- In Uitzburg-Mühlrodt der Sezer Joh. Paulus, geb. in Uitzburg (Kreis Zell a. d. Mosel) 1886, ausgel. in







# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 23. Mai 1908.

Anzeigen kosten: Die Nonpareillezeile 25 Pf.;  
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 60.

## Gau Hannover.

Der 32. Goutag, welcher am 3. und 4. Mai in Hannover im kleinen Saale des „Konzerthaus“ stattfand, wurde um 10 Uhr vormittags vom Gauvorsitzer mit einigen begriffenden Worten eröffnet. Mit dem Hinweis, daß der Gau Hannover in diesem Jahre sein 40jähriges Bestehen feiern kann, verknüpfte er den Wunsch, daß auch die diesjährigen Verhandlungen zum Wohle des Verbandes und speziell des Gaues Hannover ausfallen möchten. Hierauf hieß der Vorsitzende des Sozialvereins Hannover die Delegierten im Namen seines Vereines herzlich willkommen. Nach Vertikung des Bureaus wurde in die Beratung der 18 Punkte enthaltenden Tagesordnung eingetreten. Der gedruckt vorliegende Bericht des Gauvorstandes wurde nach einigen Monita, die sich auf einige Personen bezogen, die den Gau Hannover zwar mit gründeten, ihm aber später den Rücken kehrten, in seiner vorliegenden Fassung angenommen. Bemängelt wurde außerdem die späte Einberufung des Goutags und daß die Berichte der Delegierten ziemlich spät zugestellt worden seien. Der ebenfalls gedruckt vorliegende Bericht des Gauverwalters, der sich über drei Jahre erstreckt, wurde nach einigen Erläuterungen seitens des Verwalters, dem eine tabellose Kasseeinrichtung attestiert wurde, angenommen. Die von den Gauvereinsvorständen beantragte Entlastung wurde erteilt. Bei den Berichten aus den einzelnen Bezirken verbreitete sich der Bezirksvorsitzer von Göttingen in längeren Ausführungen über die dort vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und teilte mit, in welcher Weise der Göttinger Bezirk sich geübt habe. Nachdem noch bei den Berichten aus den übrigen Bezirken einige Wünsche geäußert und Aufklärungen gegeben waren und speziell beim Bezirke Hannover-Land eine kräftigere Agitation gewünscht, wurde dieser Punkt der Tagesordnung verlassen. Als eine Folgeerscheinung dieser Berichte wurde in ausgiebiger Weise die Frage ventiliert, ob der Gauvorstand dem Beschlusse des Göttinger Goutages, eine umfassende Agitation in die Wege zu leiten, nachgegeben sei. In der ausgedehnten Debatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß ein besonderer Wert auf die innere Agitation und Durchbildung der Mitglieder zu legen sei, wobei auch die kleineren Orte Berücksichtigung finden müßten. Von Vorteil würde es sein, wenn bei den abzuhaltenden Versammlungen auch andre als reine Verbandsfragen behandelt würden. Andererseits wurde betont, daß der Gauvorstand vollständig seine Schuldigkeit getan und gewünschte Gelder, speziell zur Agitation, nie verweigert habe. Der Bezirksvorsitzende mußte selber am besten wissen, wie er Versammlungen interessant gestalten und eine Ehre darin suchen, seinen Bezirk zu bearbeiten. Zur Beratung stand alsdann der Antrag des Gauvorstandes, nach dem die Wahl des Gauvorstandes, der Bezirks- und Ortsvorstände und der Delegierten durch Urabstimmung in den Druckereien stattzufinden habe, sowie der Antrag des Sozialvereins Hannover, welcher bezweckte, daß die Wahl von Bezirks- und Ortsvorständen in den Versammlungen erfolgen könne, ohne daß dieses durch den Widerspruch eines einzelnen Mitgliedes unmöglich gemacht werden könne. In der Begründung des Gauvorstandsantrags wurde ausgeführt, daß viele größere Gaue resp. Städte wieder dazu übergegangen seien, ihren Vorstand in den Druckereien zu wählen. Dieses entspreche dem so viel gerühmten demokratischen Prinzip, denn vielen Mitgliedern, die durch irgendwelche Umstände die Versammlungen nicht besuchen könnten, würde durch den jetzigen Modus ihr Wahlrecht genommen. Von den Befürwortern des hannoverschen Antrags wurde dem entgegengehalten, daß es richtiger sei, den jetzigen Wahlmodus beizubehalten und den Veränderungsantrag von Hannover anzunehmen, also den Gauvorstand auf dem Goutage und die Bezirks- und Ortsvorstände in den Versammlungen zu wählen. Ein Vorstand, der mit geringer Mehrheit in den Versammlungen gewählt sei, sei demjenigen vorzuziehen, der von den Mitgliedern in den Druckereien mit großer Mehrheit gewählt wurde, weil sich der Vorstand auf die Mitglieder stützen könne, die in den Versammlungen erscheinen. Nach einer regen Aussprache wurde der Antrag des Sozialvereins Hannover angenommen. Ein die gleiche Angelegenheit behandelnder Antrag der Mitgliedschaft Ulzen wurde zurückgezogen. Der Antrag des Bezirks Göttingen, daß der Gauvorstand das Recht und die Pflicht habe, sich von allen Vorkommnissen und von der richtigen Führung der Geschäfte in den Bezirken zu überzeugen, und er verpflichtet sei, alljährlich eine unvermutete Revision bei den Bezirkskassierern durch ein Mitglied des Gauvorstandes vornehmen zu lassen, wurde nach kurzer Begründung und Aussprache, in der hervorgehoben wurde, daß sich kein Bezirkskassierer durch eine unvermutete Revision beleidigt fühlen könne, bei den Mitgliedern aber ein größeres Sicherheitsgefühl hervorgerufen würde, angenommen. Eine kürzere Debatte

entspann sich alsdann über den Antrag der Mitgliedschaft Ulzen und den Antrag des Sozialvereins Hannover betreffend die Neuregelung der Remuneration des Gauvorstandes sowie der Bezirks- und Ortsvorstände. In dieser wurde darauf hingewiesen, daß nach Ansicht der Antragsteller die Remuneration des Gauvorstandes zu hoch sei, während die Bezirks- und Ortsvorstände zu gering entschädigt würden. Hier sei es Pflicht, einen Ausgleich zu schaffen. Dieser Antrag wurde einer Kommission überwiesen, bestehend aus je einem Delegierten aus den Bezirken, zwei vom Sozialvereine Hannover und einem Mitgliede des Gauvorstandes. Eine rege Aussprache erfolgte über einen Antrag des Sozialvereins Hannover, welcher die Anlegung der Gauüberbrücke betraf. Der Antrag wurde in seiner vorliegenden Fassung zurückgezogen, dafür wurde ein Antrag angenommen, daß die Überbrücke der Gaukasse außer bei der Vereinsdruckerei auch anderweitig einstragend anzulegen seien. Ein Antrag des Bezirks Göttingen, welcher besagte, daß die Mitglieder des Gauvorstandes und die Bezirksvorsitzer als Goutagsdelegierte nicht wählbar seien, an den Goutagsverhandlungen jedoch stimmberechtigt teilzunehmen hätten, wurde nach einer kurzen Begründung abgelehnt. (NB. Die Mitglieder des Gauvorstandes sind auch nach der jetzt gültigen Goutagsordnung nicht wählbar, wie sie auch kein Stimmrecht haben, müssen aber auf dem Goutage anwesend sein.) Bei Beratung des vom Bezirke Braunschweig gestellten Antrags, daß die Vorsitzenden der einzelnen Sparten am Vororte an den Sitzungen des Gauvorstandes mit beratender Stimme teilnehmen dürfen, wurde zwar die Berechtigung der Sparten anerkannt und gewünscht, daß deren Vertreter bei den Vorstandswahlen berücksichtigt würden, für den Antrag in seinem vollen Umfange war aber keine Meinung vorhanden. Derselbe wurde zugunsten eines zur Annahme kommenden Antrags, welcher bezweckt, daß die Vorsitzenden der einzelnen Sparten resp. deren Delegierte bei wichtigen Spezial- oder Spartenfragen an den Sitzungen des Gauvorstandes mit beratender Stimme teilnehmen dürfen, zurückgezogen. Der Antrag des Bezirks Göttingen und der Antrag des Bezirks Braunschweig, welche ein und dieselbe Angelegenheit betreffen und daher zusammen verhandelt wurden, wünschenswert, daß der Gauvorstand die nach der Zahl der geleisteten Beiträge ein Zuschuß zu den Umzugskosten aus der Gaukasse gezahlt werde. Die Anträge gelangten mit der Bestimmung zur Annahme, daß als Mindestgrenze 10 Mk. festgesetzt würden. Ein weiterer Antrag des Bezirks Braunschweig, bei den zur Ortsunterstützung berechtigten Mitgliedern, welche aus dem Gau wegzögen und wieder zurückkehren, die Zeit, in der sie wieder in den Genuß des Zuschusses zur Ortsunterstützung treten können, in Falle derselbe noch nicht voll bezogen ist, von 26 auf 52 Wochen zu erhöhen, wurde nach kurzer Diskussion angenommen. Einer Verlegung des Ortes Hermannsburg zum Bezirke Hannover-Land und Abzweigung des Ortes Scherschhausen zum Bezirke Braunschweig wurde zugestimmt, da sich dieses aus der geographischen Lage der Orte notwendig ergab. Über den Antrag vom Bezirke Braunschweig und den Antrag vom Bezirke Göttingen, für je zwei Mitglieder den „Korr.“ auf Kosten der Gaukasse zu liefern, entspann sich eine längere Debatte. Von Befürwortern des Antrags wurde ausgeführt, daß die Gaukasse bei den guten Kasseeinverhältnissen die Ausgabe tragen könne, denn obgleich es Aufgabe des Verbandes sei, seinen Mitgliedern das Organ gratis zu liefern, würden dahingehend gestellte Anträge zur Generalversammlung von dieser kaum angenommen werden, und sei es aus diesem Grunde zwecklos, diesen Antrag, wie gewünscht, bis nach der Generalversammlung zu vertagen. Die Gegner des Antrags waren der Ansicht, daß es nicht richtig sei, alle Kosten der Gaukasse aufzubürden, um dann eventuell später eine Steuererhöhung vornehmen zu müssen. Ein jedes Mitglied habe die Pflicht, den „Korr.“ zu halten und zu lesen. Das heutige Bezirks- resp. Ortsobligatorium habe sich sehr gut bewährt. Beschlossen wurde, daß je zwei Mitglieder auf Kosten der Gaukasse ein Exemplar des „Korr.“ erhalten. Westgeld und etwaige Unkosten sollen von der Gaukasse nicht getragen werden. Alsdann wurde in eine Debatte über den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, betreffend den Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, mit andern Gaueu eingetreten. Von den Gegnern dieses Antrages wurde betont, daß speziell die größeren Gaue für diese Abschlässe nicht zu haben seien und außerdem für den Gau erhebliche Mehrausgaben sich ergeben würden, indem der Arbeitsmarkt, speziell in Hannover, belastet würde. Könnten wir aber nur mit kleineren Gaueu Gegenseitigkeitsverträge abschließen, so sei dieses ein Ausweg, mit dem nichts erreicht sei. Pflicht der Generalversammlung wäre es, hier reformierend zu wirken. Von Befürwortern des Antrags wurde ausgeführt, daß die Anträge zur Generalversammlung, die auf eine erhöhte Unterstützung hingingen, bewiesen, wie notwendig die

Abschlüsse seien; vertehrt sei es, sich auf die Generalversammlung zu verlassen, denn wie es hier ausfallen würde, lasse der Jahresbericht des Verbandsvorstandes vermuten, der da sage, daß die Genußnahme über unsern Vermögensstand uns doch nicht übersehen lassen darf, daß auch die Verpflichtungen der Organisation in fortgesetztem Steigen sind. Wenn ferner beklüchtet würde, daß durch Abschlässe von Gegenseitigkeitsverträgen der Arbeitsmarkt eine Belastung erfahre, so trete das Gegenteil ein, indem sich durch diese der Zufluß von Arbeitskräften verteilte. In der Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, der den Gauvorstand beauftragt, Gegenseitigkeitsverträge betreffend den Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung mit andern Gaueu abzuschließen. Beim nächsten Punkte wurde vom Gauverwalter in eingehender Weise über die Einführung und Kontrolle der neuen Tagesblätter berichtet. Von sämtlichen sich zu dieser Sache äußern den Rednern wurde die Zweckmäßigkeit dieser Blätter anerkannt, die es ermöglichen, jeden Augenblick einen Kasseeinblick zu machen. Der nächste Punkt betraf Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes. Hier gab der Referent des Gauvorstandes ein allgemeines Resümee, in welchem er ausführte, daß er den Punkt: „Befragung über die allgemeine und tarifliche Lage, in Verbindung mit der Erörterung über den Organisationsvertrag“, für den wichtigsten Beratungspunkt der Generalversammlung halte. Die Tarifgemeinschaft sei heute unzweifelhaft eine mächtige Kraft. Die Gehilfschaft solle aber dafür sorgen, daß Uneinigkeiten unter ihnen von den Prinzipalen nicht gegen sie benutzt werden könnten, denn man solle sich nicht täuschen, die Prinzipale seien durch den Zutrom zu ihrer Organisation kräftig geworden und un-leugbar vorzubringen. Man solle nicht den Fehler begehen, eigengeartete Angelegenheiten in einzelnen Druckereien zur Kommentierung über ganz Deutschland zu bringen und andererseits Ausnahmefälle so darzustellen, als seien sie verallgemeinert und in beiden nicht vergessen, daß es Kompromißfälle seien, gefesselt, tariflich aber nur das festzulegen sei, was auch ökonomisch durchzusetzen sei im Normaltarif. Alsdann zum Organisationsvertrage resp. § 4 deselben übergehend, war Referent der Meinung, daß § 4 in der alten Fassung ökonomisch nicht zu halten war, erklärte sich gegen Aufhebung des Vertrags über Veränderung dahingehend, daß der Gutenbergsbund in die Tarifgemeinschaft aufgenommen werde. Der Tarif als solcher gelte. Die Generalversammlung werde stark genug sein, etwaige Ausnahmefälle strikte abzulehnen. Würden aber die Prinzipale mit dem Gutenbergsbund Extraverträge schließen, so würde das fatal zum erbittertesten Kampfe damit aufgedreht sein. Die Anträge streifend, welche den Mitgliedern ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß der Tarifverträge sichern wollen, gab Referent zu, daß die wahre Demokratie die Urabstimmung sei, aber wohl erst dann möglich, wenn alle Mitglieder gelernt hätten, das richtig abzuschätzen, was durchgesetzt werden könne; dann erst sei ihnen ruhig die Entscheidung in die Hand zu legen. Da es aber schwer für den einzelnen sei, die Lage des Arbeitsmarktes, die Kraft des Gegners, ja sogar die eignen Kräfte abzuschätzen, so sei es wirklich Aufgabe der Generalversammlung, abzuwägen, welches Maß von Vertrauen sie den Vertretern einräumen müsse. Die „Stellungnahme zu den Sparten“ besprechend, war Referent der Ansicht, daß die Generalversammlung in dieser Sache nicht so stürmisch verfahren würde, wie vielfach angenommen werde. Denn wenn die Sparten begreifen, daß sie die Spitze in unrer Bewegung seien, so müsse ihnen auch klar sein, daß sie die zuerst Angegriffenen sind, und das Suchen nach einem Kamikaze sei zwecklos; die Hauptsache aber sei, daß die Einheitslichkeit der Bewegung nicht verloren würde, und das würde auch ihnen die ruhige Linie angeben. Der Verbandsvorstand habe mit seiner Resolution das richtige getroffen und diese müsse jünngemäß auf die Gau- und Bezirksvorstände ausgeübt werden. Bei den Anträgen: „Beratung der Veränderungsanträge zum Statut“, gab Referent zu, daß der Emanzipationskampf der Arbeiter ein notwendiger sei und erst mit der Sozialisierung der Gesellschaft enden könne, auch nur als Klassenkampf geführt werden könnte. Zu verurteilen sei aber das ultra-orthodoxe Hängen an den Lehren Marx', der in wesentlichen Punkten geirrt habe. Referent erstörte dieses in längern Ausführungen, setzte den Schaden auseinander, welchen die Arbeiterbewegung habe, wenn man glaube, der Sozialismus müsse mit Naturnotwendigkeit kommen. Wer die bis jetzt erfolgte Sozialisierung verfolge, wisse, daß noch ein weiter Weg bis zum Endziele sei, und heute gelte es, Eigenschaften zu entwickeln, welche eine solche Gesellschaftsordnung erst möglich machen könnten. Reghäuser habe Marx in mancher Beziehung unrecht getan. Marx sei im Grunde nicht nur Revolutionär, sondern er vertrete die Evolution, deren Tempo er allerdings stark überschätzt habe; der Marxismus habe seine Schuldigkeit getan, habe der Arbeiterbewegung genützt, aber das

heutige Festhalten an den Theorien Marx sei schädlich, besonders, wenn jeder Fortschritt unter der Motivierung abgelehnt werde, er schädige das Endziel. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam Referent zu der Überzeugung, daß sämtliche Anträge zu § 1 des Verbandsstatuts abzulehnen seien. Einestheils, weil der Verband neutral bleiben müsse, andernteils, weil ihre Annahme eine eigne Gewerkschaftspolitik zeitigen müsse, die die Reibungsflächen zu den Parteien vergrößere, statt sie zu verringern, die Bewegung selbst aber nur Schaden davon habe, denn unser Ziel müsse eine einheitliche Arbeiterbewegung sein. Gleichfalls lehne er (Referent) die Anträge ab, die beabsichtigten, solche Mitglieder auszuscheiden, welche Prinzipale resp. Selbsthaber würden, denn dadurch würden sie zu den Schmarfackern getrieben, was unnützig sei. Betreffs Verrechnung des Verbandsvorstandes stehe er auf dem Standpunkte des hannoverschen Antrags. Ferner erklärte er sich als Anhänger des Ausschusses, über dessen Zusammenfügung Leipzig als Antragsteller sich auszuweihen, dieses sei aber die Hauptsache bei Bildung desselben. Der Antrag des Verbandsvorstandes scheinete die Gauvorsteher als Ausschuss gedacht zu haben, denen andre Anträge, die den Gauvorstehern das Stimmrecht in der Generalversammlung nehmen wollten, direkt gegenüberständen, während wieder andre sie als angestellte Beamte stellen möchten. Jedenfalls sei auf der Generalversammlung hierin eine tüchtige Klärung notwendig. Vor einer weiteren Erhöhung der Invaliden- und Krankenunterstützung müsse er eindringlich warnen, da dieser unangenehme Konsequenzen gegenüberständen. Die Aufhebung der Gauzuschüsse halte er für unmöglich, dagegen die Umbildung von Gegenseitigkeitsverträgen auf Grundlage des Berechnungswesens für ertretenswerten und gangbar. Bezüglich der Unterstützung bei gezwungenem Ausgehen könne er den Grund des Verbandsvorstandes, der die Streichung beantragt habe, nicht. Wir hätten ja mit dem Abschlusse so schlechte, die Streichung rechtfertigende Erfahrungen nicht gemacht, da aber auch Berlin verschärfende Bestimmungen bei Bezug der Arbeitslosenunterstützung beantragt, scheinete die Schuld bei den Berliner Kollegen zu liegen. Er befürworte die Streichung des einschränkenden Passus bei den Umzugskosten, unter Verschärfung der Bestimmungen, welche die vorherige Grundbindung bei Konditionswechsel zur Pflicht machen. Sodann berichte Referent in kurzer Weise unser „Verhältnis zur Generalkommission und zum Internationalen Buchdruckersekretariat“ sowie den „Korr.“ Eine Diskussion über das Referat fand nicht statt. Nach einer kurzen Aussprache wurde der Antrag des Gauvorstandes, Gewährung eines Zuschusses aus der Gaukasse für Mitglieder, welche die Gewerkschaftsschule in Berlin besuchen, angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag Harburg betreffend Besuch und Tragung der Kosten der Kreisamtsführungen. Bestimmend bei der Ablehnung war, daß nicht für die Orte Delegationskosten bezahlt werden können, die ausschließliche Anträge beim Kreisamte stellen. Der Antrag des Lokalvereins Hannover: Aufhebung des sogenannten Dispositionsfonds, wurde mit dem Antrage des Bezirks Braunschweig, Erlass eines vom früheren Kassierer veruntreuten Betrags von 336 Mark, zusammen verhandelt. Nach einigen Ausführungen und Erläuterungen wurde beschlossen, diesen Fonds, nachdem das Braunschweiger Defizit aus demselben gedeckt, aufzugeben und der Gaukasse zu überweisen. Zur Beratung kam dann der Antrag des Lokalvereins Hannover, Überweisung der Protokollbücher usw. Dieser Antrag griff auf die Zeit zurück, wo der Gauvorstand und Vorstand des Lokalvereins Hannover eine Verwaltung war. Aus dieser Zeit befinden sich die Akten noch in den Händen des Gauvorstandes und beantragte nunmehr der Lokalverein Hannover, ihm dieselben zu überweisen und sie seinem Archive einzuverleiben, damit in notwendigen Fällen in ihnen nachgeschlagen werden könne. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde dieser Antrag angenommen. Der Antrag der Mitgliedschaft Celle, welcher das Kost- und Logiswesen als eines Verbandsmittels unwürdig einschätzten will, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Der nächste Punkt betraf Verwaltungsangelegenheiten. Das Gehalt des Gauverwalters wurde mit rückwirkender Kraft bis zum 1. Januar 1907 auf 2000 Mk. jährlich festgesetzt. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß auch wir, wie andre Organisationen, eine Gehaltsfala einführen müßten. Das Aufschquantum und der Beitrag wurden in der alten Höhe belassen. Ein erst zurückgegangener und dann wieder aufgenommener Antrag betreffend Abgabe von Marken für die Beiträge wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt, da dieses eine unnütze Ausgabe für den Gau bedeute, eventuell solle den Bezirken überlassen bleiben, diese einzuführen. Unter dem Punkte: Beratung über Anträge aus der Versammlung, wurde von Göttingen Beschwerde darüber geführt, daß zu wenig Exemplare der Gautagstagesordnung nach dort gekommen seien und beantragt, diese vor der Wahl von Tagungsdelegierten jedem Mitgliede zuzustellen. Da konstatiert wurde, daß keine Mißstände vorgekommen, wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Kosten für die Arbeitsnachweise im Gau sollen vorerst beim Gauvorsteher zur Liquidierung gebracht werden, da die Frage betreff der Deckung des Prinzipalsanteils zu den Kosten derselben noch nicht geregelt sei. Abgelehnt wurde die Aufnahme einer Statistil über Einhaltung der Bundesratsvorschriften über sanitäre Einrichtungen in den Druckereien. Angenommen wurde ein Antrag, der den Gauvorstand beauftragt, in geeigneten Zwischenräumen durch von ihm zu stellende Referenten in den Mitgliedschaften Vorträge über Verbands- und sozialpolitische Fragen zu halten. Die Delegierten wurden

ersucht, in ihren Kreisen sich darüber zu orientieren, ob Geneigtheit vorhanden sei, die hannoversche Invalidentafel, falls diese durch Umstände zur Liquidation gezwungen sein sollte, auf den Gau zu übernehmen. Die Gauvereinsvorstände berichteten hierauf, daß außer kleinen Monita wesentliche Ausstellungen an den revidierten Gaubüchern nicht zu machen seien. Bei der Wahl des Gauvorstandes erklärte der Gauvorsteher, obwohl er noch die Kräfte in sich fühle, das Amt weiter zu verwalten und sich auch keine Vorwände zu machen brauche, wolle er doch erklären, daß er das Amt nicht wieder annehme. Gleichzeitig erklärte einer der Gauvereinsvorstände, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht weiter amtiere. Die vorgenommene Wahl ergab: Karl Rosenbruch, Gauvorsteher; Emil Fritzsche, Stellvertreter; Theodor Ehrhardt, Gauverwalter; William Rosenbruch und Gustav Pfingsten, Schriftführer; Ernst Böhm und Paul Saad, Revisoren. Dann erstattete die Remunerationskommission Bericht und erklärte, daß sie einstimmig zum Beschlusse gekommen sei, die Remuneration folgenbermaßen zu verteilen: Gauvorstand 750 Mk., Gehilfenvertreter 100 Mk., Bezirk Braunschweig 600 Mk., Bezirk Göttingen 220 Mk., Bezirk Hannover-Land 130 Mk., Bezirk Hildesheim 300 Mk., Bezirk Lüneburg 250 Mk., Bezirk Osnabrück 250 Mk., Lokalverein Hannover 1400 Mk. Von der Remuneration haben die Bezirksvereine den Mitgliedschaften 1 Proz. der Gesamteinnahmen zurückzuerzählen. Nach kurzer Diskussion, in der einerseits die Lösung der Remunerationfrage nicht als glücklich bezeichnet, andererseits darauf hingewiesen wurde, daß etwaige eingetragene Mängel auf dem nächsten Gautage beseitigt werden könnten, wurde dieser Antrag und damit die Änderung des betreffenden Paragraphen in der Gautagstagesordnung angenommen. Als Ort für den nächsten ordentlichen Gautag wurde Lüneburg vorgeschlagen und gewählt. In seinem Schlussworte sprach der Gauvorsteher dem Vorstande des Lokalvereins Hannover und den Bezirksvorständen seinen Dank für die dem Gauvorstande zuteil gewordene Unterstützung aus; er habe dem Gauvorstande 37 Jahre, davon 34 als Gauvorsteher angehört. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker wurden abends 6 Uhr die Verhandlungen geschlossen.

Für Sonntag, den 3. Mai, war zu Ehren der Gautagsdelegierten am Abend ein Kommerz mit Damen arrangiert, zu dessen Gelingen die Liebertafel Typographia, die stets bereit ist, wenn es gilt, Kollegeneste zu verschönern, und deren komisches Quartett den Hauptanteil zu tragen hatten.

W. Ros.

### Gau An der Saale.

Die diesjährige Delegiertenversammlung unseres Gauces tagte am 3. Mai in Halle a. S. in dem von der allgemeinen Arbeiterchaft errichteten „Volkspar“. Kurz vor 11/2 Uhr brachte der „Gesangsverein: Entenberg (Halle a. S.)“ die beiden Lieder: „Seid mir gegönnt, o Brüder, mein“ und „Der Benz ist da“ zum Vortrage, worauf der Vorsitzende Gabriel den Gautag eröffnete und die zahlreich Anwesenden im Namen des Gauvorstandes, der durch den Vorsitzenden Gabriel, Verwalter Ols und Schriftführer Frischleder vertreten war, herzlich willkommen hieß. Insbesondere begrüßte er den Kollegen Böblin vom Hauptverband und den Gehilfenvertreter König sowie den als Gast anwesenden Kollegen Engelbrecht, Vorsitzenden des Nachbargauces Leipzig. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß dieser Gautag im Zeichen der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes stehe und knüpfte daran den Wunsch, es möge sich jebermann im Interesse der Organisation der größten Sachlichkeit bei den heutigen Verhandlungen befleißigen. Nachdem Kollege Schindelhauer die Versammlung im Namen des Ortsvereins Halle begrüßt hatte, wurde die Präsenzliste aufgestellt, die die Anwesenheit von 58 Delegierten aus 33 Druckorten ergab, und zwar aus den Bezirken Uckerlesben 3, Burg b. M. 3, Dessau 7, Salberstadt 4, Halle 13, Magdeburg 16, Quedlinburg 2, Sangerhausen 2, Wittenberg 6 und Peitz 2. Alsdann wurde das Bureau durch die Zuwahl des Kollegen Herwig (Magdeburg) zum zweiten Vorsitzenden und des Kollegen Fünd (Halle) zum zweiten Schriftführer und Führer der Rednerliste verstärkt und der im letzten Jahre verstorbenen 13 Gaumitglieder: W. Bengler, Chr. Stißgen (Halle), P. Gottschall (Magdeburg), U. Seiler, F. Wedel (Dessau), W. Michowski (Burg b. M.), G. Lutz (Wernburg), G. Kolbe (Osterwieke), W. Richter (Nordhausen), M. Edner (Weißensfeld), U. Schmidt (Zeuchern), P. Pfeiler (Sandau a. G.) und G. v. d. Beck (Invalide) in Eide, ehrend gedacht. Ebenso erhob sich die Versammlung zu ehrendem Gedächtnisse der verstorbenen Kollegen Eichler und Rosenlehner von den Plätzen.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und von Verlesung des Protokolls auf Antrag Abstand genommen.

2. Jahresbericht und Rechnungslegung: Zu den gedruckt vorliegenden Berichten des Gauvorstandes und der Bezirksleiter legte der Vorsitzende zunächst die Gründe dar, die den Vorstand veranlaßten, das Mitglieder- und das Druckereiverzeichnis nicht wieder mit abzurufen. In Anbetracht der großen Fluktuation unter unseren Mitgliedern glaubte der Vorstand nach vorheriger Rücksprache mit den Bezirksleitern von dieser großen Raum- und Geldverschwendung Abstand nehmen zu dürfen. In dessen Stelle ist ein Ortsverzeichnis mit Angabe des Mitgliedsbestandes getreten und der Vorstand hofft, daß sich die Delegierten nachträglich mit diesem Beschlusse der Bezirksleiterkonferenz einverstanden erklären.

Er kam sodann auf die wichtigsten Vorkommnisse im Berichtsjahre zurück: In organisatorischer Beziehung war das verfloßene Jahr zufriedenstellend, der Mitgliedsbestand steigerte sich von 2218 auf 2334. Die Arbeitslosigkeit dagegen ließ viel zu wünschen übrig, wodurch die Kasse nicht unwesentlich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Während im Jahre 1906 rund 4500 Mk. an Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung verausgabt wurden, betrug die Ausgabe für diesen Unterfüßungszweig im Jahre 1907 rund 7500 Mk. Zu dieser 3000 Mk. betragenden Mehrausgabe kamen noch die Ausgaben der 2 Proz. an die Ortsvereine, die Kosten der Arbeitsnachweise und Schiedsgerichte usw. hinzu, so daß die Gesamtausgabe der Gaukasse die Einnahme an Beiträgen um 1470 Mk. übersteigt. Wenn das Vermögen der Gaukasse trotzdem von 30000 auf 42000 Mk. gestiegen ist, so ist zu bemerken, daß in dieser Summe das Vermögen der aufgelösten Gauverbände von rund 7500 Mk. mit enthalten ist, und es darf nicht verkannt werden, daß mit Übernahme dieser Kasse auch Verpflichtungen für die Gaukasse übernommen sind. Eine nennenswerte Belastung der Gaukasse müsse daher vermieden werden. Die 32 Ortsvereine hatten Ende 1907 ein Vermögen von 12743 Mk. Beschäftigt waren unsere Mitglieder in 85 Druckorten. In tariflicher Beziehung kann von Fortschritten berichtet werden, war es doch gelungen, in der Ullmar festen Fuß zu fassen, nachdem dieser fleinige Boden jahrelang mit großer Mühe bearbeitet ist. Das Sebringsunwesen, das gerade in unserm Gauce recht traurige Blüten zeitigt, hat eine wenn auch nur recht minimale Besserung erfahren; immer wieder würde von Seiten der Prinzipale versucht, die Bebringsfala zu umgehen. Das kollegiale und das Vereinsleben ließen alles zu wünschen übrig. In den kleinen und kleinsten Orten war häufig der Konkurrenzkampf der Buchdruckermeister die Ursache der mißlichen Verhältnisse, der auf unsere Kollegen unangenehm einwirkte. Forchtete man den häufigen Klagen aus den größeren Orten über schwachen Versammlungsbefuch und unangenehme Auftritte nach, so fand man die Schuld oftmals auf Seiten des Vorstandes, der die Versammlungen nicht so gestaltete, daß sie das Interesse der Mitglieder weckten; in den meisten Fällen trug aber ein Kreis von Kollegen die Schuld, der Freude am Ständalieren und Raubalieren hatte und einem andern Teile der Kollegen den Besuch der Versammlungen oder sonstigen Veranstaltungen verleidete. Hiergegen sollte jeder einsichtige Kollege Front machen. Hoffentlich werde es in dieser Beziehung in diesem Jahre besser. Kollege Freund (Wittenberg) sprach im Namen der Wittenberger Mitglieder den Wunsch aus, dem Jahresbericht in Zukunft das Verzeichnis der im Gauce bestehenden Druckereien in der alten Weise anzuhängen. Kollege Würtner (Halle) ging auf das immer mehr um sich greifende Überfundenunwesen ein, das er in enge Verbindung mit der großen Fluktuation brachte und monierte, daß keiner der Berichte diesem ungedungen Zustande Erwähnung getan hatte. Vom Vorsitzenden wurde für nächstes Jahr eine diesbezügliche umfassende Statistik in Aussicht gestellt. Kollege Hartmann (Röfßen) vermiste die notwendige Aufklärung der Mitgliederkreise über die Aufhebung des § 4 des Organisationsvertrages und wünschte, daß in der Folge bei ähnlichen Fragen etwas mehr getan werde. Ebenso forderte er in solchen Fällen für die Mitglieder mehr Mitbestimmungsrecht. Nach ihm gewordener Aufklärung durch den Vorsitzenden war dieser Punkt erledigt.

3. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. Hierzu war nachstehende Resolution der Bezirksversammlung des Bezirks Halle a. S. eingegangen:

Der Gautag möge seine Vertreter zur Generalversammlung des Verbandes beauftragen, energisch einzutreten für eine mäßige Erhöhung der Unterfüßungssätze für die Reises-, Orts-, Kranken- und Invalidentenunterstützung, und zwar in Höhe von etwa 15 Proz. ohne jede Erhöhung des Beitrags. Die finanziellen Ergebnisse der letzten Jahre beweisen, daß selbst nach Eintritt einer solchen Erhöhung ein genügend hoher Überschuf verblieben wäre, um jede Befürchtung für die Zukunft auszuschließen. Ebenso beauftragt der Gautag seine Vertreter, für eine Erhöhung der Überweisung an die Gauce als Verwaltungskosten von 3 auf 4 Proz. einzutreten.

Kollege Böblin führte einleitend aus, daß die kurz bemessene Zeit heute selbstverständlich eingehende Beratung ausschließe und daß es sich somit nur um eine summarische Behandlung der gestellten Anträge handeln könne. Und hier seien es wiederum die Anträge, die sich mit der Taktik des Verbandes und mit der Erhöhung der Unterfüßungen befaßten, die am lebhaftesten interessierten. Viele andre Gewerbe blickten mit Neid auf das, was wir im Laufe der Jahre auf organisatorischem Gebiete erreicht und auf dem Wege friedlicher Verhandlung mit unser Tarifgemeinschaft uns geschaffen hätten. Wenn sich die älteren Kollegen der frühern Zeit vergegenwärtigen und einen Vergleich zwischen damals und heute ziehen wollten, so würden sie auch eine gewisse Genugtuung über die Besserung der Verhältnisse empfinden. So aber sieht man nicht die Vorteile, die uns erwachsen sind, und daß es uns angesichts der wirtschaftlichen Depression doch noch möglich war, bei der letzten Tarifrevision für die Gehilfenchaft etwas zu erreichen, sondern man sieht nur die Widern, die uns noch anhaften, ohne zu bedenken, daß unser Tarif nicht ein örtlicher, sondern ein nationaler sei. Die Buchdrucker besitzen den Ehrgeiz, ihre eignen Vorteile zu übersehen und das ihrer Ansicht nach anderswo Bessere zu sehen und gutzuheißen. Der Vorstand war schon immer der Sündenbock, und so war es auch bei der letzten Tarifrevision und bei Schaffung des Organisations-

vertrags. Der zu beschreitende Weg war aber von der Dresdner Generalversammlung vorgezeichnet. Der Tarif mußte weiter ausgebaut und neue Bestimmungen müssen geschaffen werden, und ganz naturgemäß konnte dieser nur schrittweise erfolgen. Kritizieren ist eben leichter als besser machen, und es tut uns not, daß wir das Stück Kulturarbeit, das wir verrichten, besser würdigen lernen; darauf mögen die führenden Kollegen in der Organisation ganz besonders hinwirken. Internas der Organisation der großen Masse zu unterbreiten, verbiete sich von selbst, da andernfalls wir selbst unsern Gegnern das Material zu unserer Bekämpfung liefern würden. Allerdings bestände sich der Vorstand in günstigerer Position, wenn alle Angelegenheiten in der breitesten Öffentlichkeit verhandelt würden, aber das Gemittel würde dann in das Gegenteil umschlagen. Die weniger Verantwortlichen begünstigt mit sich herumtragen, hätten daher gut reden. Der § 4 des Organisationsvertrags mußte mit Rücksicht auf unsere Gegner aus dem Gehilfen- und dem Prinzipal-lager einer Änderung unterzogen werden. Wenn Beiträge abgepflogen würden, müßte die Zustimmung beider Teile, Prinzipale und Gehilfen, vorhanden sein; es wäre deshalb zu wünschen, daß den Vertretern wieder mehr Vertrauen, wie es früher der Fall war, entgegengebracht werde. Die Frage, ob bei anderer Taktik und durch einen etwaigen Kampf mehr erreicht worden wäre, ist daher zu verneinen. Die Spartenbewegung habe ihre Berechtigung, und es werde mit den Sparten enge Fühlung gehalten. In einzelnen Fällen werde aber auf jener Seite des Guten zu viel verlangt; in erster Linie hätten sich die Spartenangehörigen als Verbandsmitglieder zu betätigen, und es dürfe nicht dahin kommen, daß man als Mitglied einer Spartenvereinigung Sonderrechte beanpruche. Die vermutlichen Gegensätze seien nur künstlich hervorgerufen, in Wirklichkeit beständen sie nicht. Der Verband sei wie jede moderne Gewerkschaft in erster Linie ein Gewerksverein, seine Unterstufungseinrichtungen seien deshalb nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck. Von der Erhöhung der Unterstufungen sei abzuraten, selbst wenn höhere Beiträge gezahlt werden sollten, schon um deswillen, daß durch höhere Unterstufungen Parafiten geschützt würden. Hierbei komme aber besonders in Betracht, daß der Invalidenstand in Zukunft ganz bedeutend in die Höhe gehen werde, so daß zur Erfüllung der den Invaliden gegenüber eingegangenen Verpflichtungen größere Rücklagen erforderlich würden. Sollten aber trotzdem die Unterstufungen eine Erhöhung erfahren, dann müßten auch die Beiträge auf jeden Fall erhöht werden. (Beifall) Der Vorsitzende unterstützte die Ausführungen Döblins vollinhaltlich. Kollege Pfeiffer (Wernigerode) fand es nicht so gut und schön, wie es nach den Ausführungen des Kollegen Döblin den Anschein haben könnte. Seiner Auffassung nach könnte in unserm Gewerbe und in der Organisation vieles besser sein. Gemäß habe uns die Tarifrevision vorwärts gebracht, aber auch die Prinzipale hätten verstanden, ihre Vorteile auszunutzen. Die Mitglieder wollten von den Vorgängen in der Organisation besser unterrichtet sein, es möge deshalb mehr zur Aufklärung der die Kollegen-schaft berührenden Fragen beigetragen werden. Auch sollte der Vorstand die Mitglieder mehr verstehen lernen und wie überall, so sei auch an der Leitung des „Rorr.“ Kritik äußerst notwendig, die ihr eingehendste Artikelverantworte, daß er das Gegenteil von dem bejage, was der Artikelschreiber beabsichtigt habe. Kollege Paul Müller (Halle) begrüßte die Resolution der Versammlung des Bezirks Halle (siehe oben) und teilte in der Spartenfrage den Standpunkt des Kollegen Döblin. Kollege Gille (Osterniech) erörterte die Frage des bei einem Teile der Mitglieder anzutreffenden Indifferentismus und bezeichnete die betreffenden Kollegen nicht als Mitglieder zweiter Klasse, sondern zweiter Güte. Er kam dabei zu dem Schlusse, daß viele nur Verbandsmitglied seien, weil es üblich sei, Verbandsmitglied zu sein. Er forderte daher bessere gewerkschaftliche Erziehung; in diesem Falle könnten auch die Unterstufungen erhöht werden, ohne befürchten zu müssen, daß die Klassen ausgebaut würden. Gehilfenvertreter König (Halle) hält die Erhöhung der Unterstufungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit nicht nur dringend erforderlich, sondern auch ohne Erhöhung der Beiträge für durchführbar. Er würde aber, wenn ihm die Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen werde, auch für eine Erhöhung des Beitrags zu haben sein. Bei dem Rufe nach größerer Demokratisierung, der an sich wohl berechtigt sei, müsse darauf hingewiesen werden, und es müßte einmal offen ausgesprochen werden, daß wir einen Teil Kollegen in unsern Reihen hätten, denen, was ihre Qualität als Verbandsmitglied betreffe, die Note „Schlecht“ ausgestellt werden müsse. Die jetzt beobachtete Taktik des Verbandes habe sich bewährt und war die richtige, die Vertreter sollten aber vom Vertrauen der Gehilfenschaft getragen werden. Kollege Ludwig (Nordhausen) unterstützte die Resolution, würde sich aber mit einer eventuellen Beitragserhöhung einverstanden erklären. Außer andern habe er den Wunsch, daß der § 1 des Verbandsstatuts dahin abgeändert werde, daß es dort heiße: „partei-politischen Fragen; ferner, daß die Beihilfen zu den Unzugskosten eine andre Regelung erfahren. Kollege Reimert (Magdeburg) wünschte gleichfalls Erhöhung der Unterstufungen, auf jeden Fall müsse damit aber die Beitragsverpflichtung Hand in Hand gehen. Für ihn sei die Hauptsache, daß für die jetzigen und zukünftigen Invaliden ein bedeutender Reservefonds angeammelt werde. Kollege Wittner (Gefstebd) bezeichnete die in den letzten Jahren befolgte Taktik als total verkehrt und verneinte es, daß der Verband heute noch eine moderne Ge-

werkschaft sei. Kollege Schindelbauer (Halle) teilte diese Auffassung nicht, in allen Sachen müßten die realen Verhältnisse mitprechen. Neutralität sei zu beachten, aber nur, soweit sie geboten sei. Nach der Mittagspause wurde bei diesem Tagesordnungspunkte fortgefahren. Kollege Wagner (Wittenberg) war erfreut über die Offenheit des Kollegen Döblin, er hielt aber die jetzigen Unterstufungssätze für zu niedrig und würde sich nötigenfalls auch mit einer Beitragserhöhung befremden. Auf etwaige Klassenmarke sei hierbei keine Rücksicht zu nehmen, unter solchen Erscheinungen dürfe die Gehilfenschaft nicht leiden. Kollege Ohls (Halle) hielt es für einen Widerspruch, daß einerseits für die Mitglieder größeres Mitbestimmungsrecht verlangt und andererseits mehr innere Agitation unter denselben Mitgliedern gefordert werde, die als Mitglieder zweiter Güte bezeichnet werden. In der Spartenfrage müsse etwas geschehen, es dürfe nicht sein, daß sich ein Staat im Staate bilde. Die Resolution sei abzulehnen, dagegen seien die Sätze für die Reise-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung um etwa 20 Pf. pro Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge. Auf jeden Fall müßten die Invaliden sichergestellt und zu diesem Zweck außer einem ausreichenden Grundstock alljährlich eine größere Summe zurückgelegt werden. Wünschenswert sei auch, daß die Gauzuschüsse einheitlich gestaltet werden. Kollege Schürmer (Halle) wollte von einer Änderung der Taktik und des § 1 des Statuts nichts wissen. Er verbreitete sich über die Spartenfrage und auf eine Äußerung des Kollegen Pfeiffer über ihn über die Tarifschiedsgerichte. Weiter erörterte er das Mißtrauen der Mitglieder gegen die Vorstände und forderte zur Selbstzucht auf. In seinem Schlusswort ging Kollege Döblin kurz auf die Debatte ein und gab seiner Zufriedenheit mit dem Verlaufe der Diskussion Ausdruck. Er konstatierte, daß die Versammlung mit dem Vorstande in allgemeinen einer Meinung sei und daß da, wo Meinungsverschiedenheiten beständen, diese zum großen Teil auf Mißverständnissen und Irrtümern beruht hätten. Nachdem Kollege Pieschner (Magdeburg) darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die eventuelle Annahme der Resolution für unsere General-versammlungsdelegierten ein gebundenes Mandat bedeute, wurde sie gegen 20 Stimmen abgelehnt. Der Schlußsatz jedoch wurde angenommen.

#### 4. Anträge zum Gaureglement:

- a) § 13 soll lauten: Eine Delegiertenversammlung findet in der Regel alle drei Jahre statt. Ob dieselbe vor oder nach der Generalversammlung des Verbandes stattfinden soll, darüber entscheidet eine Bezirksleiterkonferenz. Eine außerordentliche Versammlung kann vom Vorstand und muß usw. wie bisher. (Gauvorstand. Bezirk Dessau.)
- b) § 13 soll lauten: Die Delegiertenversammlungen finden nach Bedürfnis statt. Vor der jeweiligen Generalversammlung des Verbandes muß eine solche stattfinden. (Wittenberg.)
- c) § 13 soll lauten: Die Delegiertenversammlung findet nach Bedürfnis statt, wobei auf die Generalversammlung des Verbandes Rücksicht zu nehmen ist. Die Bedürfnisfrage entscheidet die alljährlich stattfindende Bezirksleiterkonferenz, an der auch die Ortsvorsteher bzw. der Vertrauensmann eines Ortes teilnehmen. Zu diesen Zusammenkünften hat der Gauvorstand für ein Referat organisatorischer oder tariflicher Inhalts Sorge zu tragen. — Bei Annahme dieses Antrags wird der Gauvorstand beauftragt, die hierdurch nötigen Änderungen im Gaustatut selbständig vorzunehmen. (Bezirk Magdeburg.)
- d) § 14 soll lauten: Jeder Bezirksverein ist durch den Bezirksleiter vertreten. Außerdem entsenden Bezirke bis zu 40 Mitgliedern usw. wie bisher. (Wittenberg, Bezirk Dessau.)
- e) Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Ortsvereine wählen ihre Delegierten selbst. Hierbei wählen Ortsvereine bis zu 50 Mitgliedern einen Delegierten, dann auf je weitere 50 Mitglieder einen Delegierten mehr, wobei überschüssige 25 und mehr Mitglieder für voll zählen. Bleibt die Vertretung der kleinen Orte usw. (Bezirk Dessau.)
- f) Maßgebend für die Anzahl der zu wählenden Delegierten ist der Mitgliederstand vom 1. Januar des Jahres, in welchem der Gaustag stattfindet. (Gauvorstand.)

Kollege Hermig (Magdeburg) beantragte, alle auf die §§ 13 und 14 des Gaureglements bezüglichen Anträge einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen, die Begründungen aber vorher im Plenum zu geben. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag Hermig angenommen. Als dann begründete die Antragsteller die von ihnen eingebrachten Anträge und hierauf erfolgte die Wahl der aus zehn Delegierten bestehenden Kommission, die sich aus allen Bezirken zusammensetzte.

Nunmehr wurde zur Beratung der nächsten Punkte übergegangen.

#### 5. Anträge zum Unterstufungsreglement:

Unter c) Zufuß zur Krankenunterstützung soll es an Stelle des bisherigen: „Paßus heißen: Jedes Mitglied, welches im Gau „An der Saale“ 26 Wochenbeiträge geleistet hat, erhält einen Zufuß von 35 Pf. pro Tag im Falle der Erwerbslosigkeit durch Krankheit. (Halle an der Saale.)

#### 6. Festsetzung des Beitrags zur Gaukasse:

Falls der Zufuß zur Krankenunterstützung angenommen wird, ist der Beitrag um 5 Pf. zu erhöhen. (Halle a. S.)

Sie wurden gemeinsam beraten und vom Kollegen Raß (Halle) begründet. Bisher hieß es: Vorübergehend arbeits-

unfähige Mitglieder, welche 26 Wochen zur Gaukasse steuern, erhalten nach Ablauf ihrer Unterstützungszeit in der gesetzlichen Krankenkasse eine Unterstufung von 50 Pf. pro Tag usw. Der Verwalter Ohls eruchte, an Stelle 35 Pf. nur 30 Pf. zu jagen, da mit der Beitragserhöhung von 5 Pf. die Mehrausgabe nicht zu decken sein dürfte. Gegen beide Anträge erklärte sich nur Kollege Franz (Wernburg). Beschworen wurden die Anträge von den Kollegen Wittner, Müller, Fink und Schürmer (Halle). Die Anregung von Ohls fand keine Berücksichtigung; die Anträge wurden vielmehr in der beantragten Fassung angenommen, mit der Maßgabe, daß sie nur in Wirksamkeit treten, wenn von der Generalversammlung des Verbandes keine Erhöhung der Unterstufung beschlossen wird. Beschließe aber die Generalversammlung eine Erhöhung, so sollen die heutigen Beschlüsse nicht in Kraft treten.

7. Wahl des Vororts und Wahl des Gauvorstandes. Als Vorort wurde wieder Halle bestimmt. Ferner wurden auf Vorschlag des Vororts die bisher amtierenden Kollegen als Gauvorstand wiedergewählt. Kollege Fink (Halle) stellte hierzu den Antrag: „Der Beisitzer ist in der Delegiertenversammlung zu wählen und erscheint als viertes Vorstandsmitglied auf dem Gaustage“. Bisher wählte der Vorort den Beisitzer zusammen mit den Revisoren für die Gaukasse. Der Antrag Fink wurde angenommen und als Beisitzer wurde Kollege Bötzke (Halle) gewählt.

8. Festsetzung der Remuneration für den Gauvorstand, die Bezirksleiter und den Gehilfenvertreter. Hierzu unterbreitete die letzte Bezirksleiterkonferenz dem Gaustag ein im Druck vorliegendes Regulative für die Anstellung von Vereinsbeamten des Gau- „An der Saale“ zur Durchberatung und Beschlußfassung. Der Vorsitzende begründete das Regulative damit, daß in dieser Beziehung endlich einmal etwas geschaffen werden muß, um für die Zukunft eine feste Norm zu haben und um den unendlichen Debatten sowohl für den Empfänger als auch für den Geber, die gewöhnlich mit den Gehaltsaufbesserungen verbunden sind, aus dem Wege zu gehen. Für unsern Gau komme zunächst nur der Verwalter in Betracht. Nachdem sich die Kollegen Chemnitz und Bötzke (Halle) gegen die Schaffung eines Regulativs ausgesprochen hatten, die keinen Beamtentat wollten, und Kollege Müller (Halle) daselbe befürwortet hatte, beschloß die Versammlung im Prinzip die Schaffung eines solchen. Bei der Beratung des Entwurfs kam es wiederholt zu längeren Geschäftsordnungsdebatten. Besonders darüber waren die Meinungen sehr geteilt, ob die Wahl der anzustellenden Beamten durch Urwahl oder durch eine Bezirksleiterkonferenz und den Gauvorstand erfolgen solle. Schließlich stimmte die Mehrheit der Delegierten nach Würdigung aller bei der Wahl in Betracht kommenden Momente der Vorlage zu, die die Wahl der Bezirksleiterkonferenz und dem Gauvorstand vorbehielt. Nachdem das Regulative abgesehen war, wurde die ganze Vorlage ohne Änderung angenommen. Das Regulative besagt u. a., daß die Verwertung unter den Mitgliedern des Gau- ausgeschrieben ist. Das Anfangsgehalt wurde auf 1800 Mk. jährlich festgesetzt und steigt von Jahr zu Jahr um 50 Mk. bis zur Höchstgrenze von 2500 Mk. Magdeburg beantragte, das Gehalt auf 2000 bzw. 3000 Mk. zu normieren, jährlich steigend um 75 Mk. und fand damit bei einem beträchtlichen Teile der Delegierten große Gegenliebe. Da sich aber der Gauvorstand gegen den Antrag erklärte, fand die Vorlage Annahme auch in diesem Punkte. In den Remunerationen der unbesoldeten Funktionäre wurde keine Änderung vorgenommen.

Die zur Vorberatung des vierten Punktes der Tagesordnung: Anträge zum Gaureglement, eingeleitete Kommission hatte ihre Arbeiten beendet und unterbreitete der Versammlung durch die Kollegen Schindelbauer (Halle) und Pieschner (Magdeburg) das Resultat ihrer Beratungen. Nach längerer Verhandlung über die von der Kommission formulierten Anträge wurden alle zum § 13 gestellten Anträge, die eine Verringerung der Gaustage bezweckten, abgelehnt, und gegen 24 Stimmen sprach sich die Versammlung für Beibehaltung der jährlichen Gaustage aus. Der § 14 wurde in folgender Fassung angenommen: Die Zusammensetzung des Gaustags ist folgende: „Jeder Bezirk muß durch seinen Bezirksleiter vertreten sein. Außerdem entsendet jeder Bezirk auf je 50 Mitglieder einen Delegierten und dann auf je weitere 50 Mitglieder einen Delegierten mehr, wobei überschüssige 25 und mehr Mitglieder für voll zählen. Die Vertretung der kleineren Orte ist hierbei nach Möglichkeit zu fördern. Maßgebend für die Anzahl der zu wählenden Delegierten ist der Mitgliederstand vom 1. Januar des Jahres. Die Wahl der Delegierten findet durch Urabstimmung statt; einfache Mehrheit entscheidet. Die Delegierten erhalten den Betrag der Eisenbahnfahrt III. Klasse vergütet. Die Höhe für die zu gewählenden Diäten bestimmt die tagende Delegiertenversammlung“. Ein Zusatzantrag zum § 10, der den Bezirksleitern die Berechtigung einräumt, will, bei dringenden Umständen mit Genehmigung des Gauvorstandes Ortsvorsteher resp. Vertrauensmännerkonferenzen einzuberufen, deren Kosten die Gaukasse zu tragen hätte, wurde nicht ausreichend unterstützt.

#### 9. Anträge zur Bezirkseinteilung:

a) Vom Bezirk Magdeburg ist ein neuer Bezirk mit dem Vororte Stendal abzugewinnen. Dieser neue Bezirk soll folgende Druckorte umfassen: Stendal, Tangermünde, Tangerhütte, Gardelegen, Bismark, Malbe a. W., Salzwedel, Osterburg, Seehausen (Altmarkt), Jerichow, Sandau, Wendsee und Klöbe. (Gauvorstand.)

- b) Der Gantag wolle die Verschmelzung des Bezirkes Burg mit Magdeburg beschließen. (Genthin, Gauvorstand.)
- c) Der Gantag wolle beschließen, daß die Bezirkstage stets am Vororte des betreffenden Bezirkes abgehalten werden. (Bezirk Halle a. S.)
- d) Die Dedung der Kosten für Veranstaltungen gelegentlich der Bezirkstagesammlungen sind von der Gantage zu bestreiten. (Bezirk Halberstadt.)

Ein Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Dils (Halle), die Anträge a und b von der Tagesordnung abzulesen und die Beschlußfassung über diese Punkte einer Bezirkstagesammlungen zu überlassen, wurde angenommen und damit waren sie für die Verammlung gegenstandslos geworden. Die Anträge c und d wurden nach kurzer Aussprache abgelehnt. Zu c wurde der Wunsch ausgesprochen, man solle die Bezirksversammlungen nicht, wie es verschiedentlich vorgekommen ist, in den entlegensten Orten des Bezirkes abhalten, zumal, wenn es sich um solche handelt, in denen nur ganz wenig Kollegen konditionieren, wozu dann größere und große Ortsvereine fahren und wodurch der Gantage unnötige Kosten entstehen. Wenn die Versammlungen nicht immer am Vororte stattfinden sollen, so sollten doch die Kosten in Betracht gezogen werden und solche Orte gewählt werden, die ohne große Reisekosten bequem zu erreichen sind und in denen eine größere Mitgliederzahl vorhanden sei. Zu d wurde bemerkt, daß die in Frage kommenden Orte die entsprechenden geringfügigen Kosten wohl leicht selbst tragen können, daß die Gantage aber nicht auch noch damit belastet werden könnte.

10. Antrag des Bezirkes Halle a. S.: Um den Druckerisaffieren Unannehmlichkeiten zu ersparen sowie Irrtümern und Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen, sind Quittungsbücher resp. Quittungsarten im Gau einzuführen, wurde vom Kollegen Schindelhauer (Halle) begründet. Nachdem sich mehrere Redner dazu geäußert und zum Ausdruck gebracht war, daß verschiedene Orte bereits auf eigene Kosten derartige Quittungsbücher resp. -arten eingeführt haben, wurde der Antrag abgelehnt und ein Antrag des Kollegen Schulze (Lorgau), die Einführung der Quittungsbücher den einzelnen Orten zu überlassen, angenommen.

11. Bestimmung der Höhe des Pauschquantums für den Gauvorstand zum Zwecke außerordentlicher Unterfertigung. Wünsche wurden hierzu nicht laut, es blieb somit bei der bisherigen Summe.

12. Festsetzung der Diäten für die tagende Delegiertenversammlung. Die Versammlung setzte wie in den Vorjahren wiederum 6 Mk. fest.

13. Wahl des Ortes für den nächsten Gantag. Hierzu lagen zwei Anträge vor: Magdeburg und Röhren. Die Mehrheit der Delegierten entschied sich für Magdeburg.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und nach einem kurzen Rückblick des Kollegen Gabriel über die geführten Verhandlungen schloß er die Versammlung um 8 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und den Gau an der Saale.

Nach Schluß der Verhandlungen hatte der Ortsverein Halle einen zahlreich besuchten Unterhaltungsabend unter Mitwirkung des Gesangsvereins Gutenberg und des Buchdruckerordnervereins arrangiert, der die Delegierten, soweit sie noch anwesend sein konnten, noch einige Stunden erheiterte und zu aller Zufriedenheit verlaufen sein dürfte.

W. Fr.

## Gau Württemberg.

Der 33. Gantag wurde am 10. Mai im Grünen Saal des Gewerkschaftshauses zu Stuttgart abgehalten. Der Vorsitzende Kayser eröffnete vormittags 1/10 Uhr den Gantag mit einem herzlichen Willkommen an die Delegierten sowie die aus Stuttgart und der Provinz zahlreich erschienenen Gäste und wünschte, daß die reichhaltige Tagesordnung in kollegialster Weise zum Wohl und Gedeihen aller ihre Erledigung finde. Zur Verstärkung des Bureau wurden die Kollegen Schübelin (Pforzheim) als 2. Vorsitzender, Kast (Ulm) als 2. Schriftführer berufen. (Zum besserem Verständnis für die Leser sei bemerkt, daß diejenigen Redner, bei denen ein Ortsname fehlt, der Mitgliedschaft Stuttgart angehören.) Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 99 Delegierten. Nachdem noch die Diätenkommission gewählt war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Berichterstattung über den Stand des Gauvereins erfolgte durch den Vorsitzenden; derselbe lief die hauptsächlichsten Vorkommnisse der letzten drei Jahre Revue passieren, so besonders die Einführung des neuen Tarifs, die Abhaltung der Spartenkonferenzen, die Gehilfenvertreter- und Gauvorsteherzusammenkunft sowie die Abänderung des Organisationsvertrags. Über den Mitgliederbestand im Gau konnte Redner nur Unübleres berichten. Ende 1904 befanden sich in 71 Orten 2178 Mitglieder, heute sind es 90 Orte mit 2706 Mitgliedern. Die Zahl der Nichtmitglieder ist eine äußerst geringe; die Gutenbergbündler sind vielleicht 50 Mann stark, und in einem Orte gehören einige ältere Kollegen dem Fisch-Dunderfischen Gewerksverein an. Nachdem der Schriftführer den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes seit dem letzten Gantage (September 1905) zu Gehör gebracht hatte, trug Kollege Knie die Rechnungsberichte pro 1905/07 vor. Kollege Pfund als Revisor brachte zum Ausdruck, daß bei den jeweiligen Revisionen alles in bester Ordnung befunden wurde und ersuchte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Kollege Kaufnagel teilte die Forderungen der Stuttgarter Schriftgießer mit, welche

zum 1. Juli dieses Jahres an die Prinzipale gestellt werden sollen. Die nun folgende Abstimmung über die Rechnungsberichte pro 1905/07 ergab einstimmige Annahme derselben. Zur Abänderung des Gaureglements war von Heilbronn der Antrag gestellt worden, die Remuneration an die Mitgliedschaften auf 2 1/2 Proz. zu erhöhen, während von Pforzheim eine Erhöhung auf 2 Proz. beantragt war. An der Debatte, in welcher wiederholt zum Ausdruck kam, daß eine Erhöhung entschieden notwendig sei, dieselbe aber heute beschloffen werden möge und nicht erst die Generalversammlung des Verbandes oder ein eventuell einzuberufender außerordentlicher Gantag abgewartet werden solle, beteiligte sich eine größere Anzahl Kollegen. Kollege Ketter (Heilbronn), welcher den Heilbronner Antrag begründet hatte, zog hierauf denselben zugunsten des Pforzheimer Antrags zurück. Die Abstimmung ergab die Erhöhung der Remuneration auf 2 Proz. Ein weiterer von der Mitgliedschaft Heilbronn gestellter Antrag zu § 12, welcher bezweckte, an diejenigen Mitglieder, welche arbeitslos werden, im Gau 26 Wochen gesteuert haben, aber vom Verbands noch keine Unterfertigung beziehen, die Unterstützung von 80 Pf. auf 1 Mk. täglich zu erhöhen für die Dauer von 10 Wochen, und denjenigen, welche 50—74 Beiträge geleistet haben, die Erhöhung für 20 Wochen zu gewähren, wurde trotz warmer Befürwortung von seiten des Kollegen Ketter abgelehnt. Das gleiche Schicksal traf den nächsten, ebenfalls von Heilbronn gestellten Antrag, den in der Verbandsklasse ausgefertigten Mitgliedern täglich 1 Mk. zu gewähren auf weitere 10 Wochen unter Berücksichtigung der in § 12 Ubf. 1 festgelegten Karenzzeiten. Von der Mitgliedschaft Hall war der Antrag eingegangen, den § 16 dahin umzuändern, daß gesagt werde, Mitgliedschaften von 5 bis 30 Mitgliedern wählen einen Delegierten, statt wie bisher 10—30 Mitglieder. Dieser Passus wurde erst auf dem letzten Gantag einer Neuregelung unterzogen, und sprachen sich die meisten Redner dahin aus, daß hier nichts geändert werde. Von einigen Rednern wurde eine bessere Einteilung der Bezirke gewünscht. Der Antrag fand durch Ablehnung seine Erledigung. An den seitherigen Beiträgen sowie der Höhe der Unterfertigungen wurde nichts geändert, ebenso stellte der Gantag wie seither das ganze Gauvermögen zum Zweck außerordentlicher Unterfertigungen dem Gauvorstande zur Verfügung.

Die Diätenkommission stellte den Antrag, den auswärtigen Delegierten zu gewähren: 7 Mk. Diäten, freie Eisenbahnfahrt, Zehrlohn und Nachtquartier vom Samstag zum Sonntag 4,50 Mk. und 70 Pf. pro Stunde für etwaige Arbeitszeiterfüllung; für die Stuttgarter Delegierten 5 Mk. Diäten. Der Kommissionsantrag wurde nach kurzer Debatte gegen zwei Stimmen angenommen.

Der nächste Punkt betraf die Gehaltsregulierung für die beiden Verwalter. Vom Gauvorstande war hierzu ein Antrag gestellt worden dahingehend, daß das Gehalt für dieselben um 100 Mk. jährlich (bisher 50 Mk.) bis zum Endgehalte von 2800 Mk. bzw. 2400 Mk. feige. Kollege Klingzig legte in längeren Ausführungen die Gründe dar, welche den Gauvorstand veranlaßt hätten, diesen Antrag einzubringen, besonders hervorhebend, daß die Gehaltsverhältnisse in andern Gauen viel günstiger seien als bei uns. Die Debatte hierüber war eine ausgiebige; die meisten Redner waren sich darüber einig, daß die beantragte Regelung stattfinden müsse, es wurde sogar noch über den Vorstandsantrag hinausgegangen. Kollege Kretschmar wollte das Endgehalt des 2. Verwalters auf 2600 Mk. erhöht wissen, während Kollege Merkt (Heilbronn) den Kollegen Knie heute schon in die Höchstgrenze einrücken sehen möchte, und Kollege Fritsch beantragte, bei Neuanstellung eines Verwalters das Anfangsgehalt auf 2000 Mk. festzusetzen. Der Antrag Merkt, dem Kollegen Knie vom 1. Januar 1908 ein Gehalt von 2800 Mk. zu bewilligen, wurde gegen eine Stimme, die Anträge Kretschmar und Fritsch einstimmig angenommen.

Die jährliche Remuneration für den Gauvorstand erfuhr eine Erhöhung von 500 auf 600 Mk.

Zu Punkt 2: „Die Kölner Generalversammlung“, ergriff Kollege Knie das Wort. Zunächst dankte er für sich und den Kollegen Klein für die Gehaltsregelung und kam sodann auf die einzelnen Punkte der Kölner Generalversammlung zu sprechen, als da sind: Organisationsvertrag, Lehrlingsfrage, Agitation, Erhöhung der Remuneration, Spartenvereinigungen, Maifeier, Teilnahme der Buchdrucker an internationalen Kongressen, Neutralität, „Korr.“-Obligatorium, Verlegung des „Korr.“ von Leipzig nach Berlin, Möglichkeit einer eventuellen Beitrags-erhöhung, Erwerb eines Grundstücks nebst Druckerei für den Verband, Gauzuschüsse usw. Reicher Beifall lohnte die präzisierenden Ausführungen des Redners. Hierauf trat eine 1 1/2 stündige Mittagspause ein.

Gegen 3 Uhr begann die Nachmittagsitzung, bei welcher Kollege Schübelin (Pforzheim) den Vorsitz führte und zunächst ein Telegramm des Kollegen Koller verlas, welcher den Verhandlungen guten Erfolg wünschte. Die Debatte zu den Ausführungen des Kollegen Knie eröffnete Kollege Schüllkopf. Derselbe bemängelte die Bestimmung für Maschinenmeister wegen Bedienung von zwei Maschinen und wünschte, daß die Kölner Generalversammlung die leidige Maschinenmeistersache aus der Welt jasse. Kollege Müller forderte Erhöhung aller Unterfertigungen ohne Beitrags-erhöhung, ebenso Kollege Dengler, welcher sich auch gegen eine Verlegung des „Korr.“ aussprach und behauptete, daß Kollege Haug nicht als Delegierter nach Köln gewählt wurde. Sodann verlas er die Resolution in Sachen der Leipziger Hand- seker, das Verhalten des Verbandsvorstandes einer scharfen

Kritik unterziehend. Gauvorsteher Kayser stellte an der Hand schriftlichen Materials das vom Kollegen Schüllkopf Gesagte richtig, dabei betonend, daß die Auswüchse der Sparten im Interesse des Ganzen bekämpft werden müßten. Kollege Urndt sprach sich gegen ein „Korr.“-Obligatorium aus, desgleichen Kollege Lorenz, welcher auch von einer allgemeinen Anstellung von bezahlten Gauvorstehern nichts wissen wollte. Die hierfür zu ver- ausgabenden Summen würden bessere Verwendung zur Erhöhung der Unterfertigungsätze finden. Kollege Dörfler sprach sich über den Streit der Sparten aus und übte Kritik an den Tarifamtsentscheidungen. Kollege Klingzig wünschte, daß die Anstellung besoldeter Gauvorsteher den einzelnen Gauen überlassen bleibe. Kollege Knapper (Heilbronn) besprach die gemerkschaftliche Neutralität und polemisierte gegen Reihhäuser, ebenso Kollege Häfner. Die Kollegen Keller (Eßlingen) und Reiser (Eßlingen) verteidigten die Haltung Reihhäuser. Kollege Kretschmar äußerte sich gegen eine Streichung von Mitteln zur Agitation; er kritisierte die Schreibweise des „Korr.“-Redakteurs und sagte: „Wer sich in Gegenjah zur deutlichen Arbeiterbewegung stellt, hat seine Laufbahn bei uns beendet.“ Das Schlusswort hatte Kollege Knie. Er erkannte die Tätigkeit der Sparten an; Tarifamtsentscheide wie derjenige bezüglich der halben Stunde der Maschinenseker am Samstagabend fand er bei achtstündiger Arbeitszeit nicht so gefährlich. Bei einer eventuellen Erhöhung der Unterfertigungsätze sei größte Vorsicht am Platze, um eine Beitrags-erhöhung zu vermeiden. Das Verbandsvermögen müsse analog der steigenden Mitgliederzahl auch eine dementsprechende Erhöhung erfahren. Redner verteidigte die Stellungsname Reihhäuser in der Neutralitätsfrage und wünschte Wei- behaltung des § 1, der uns groß gemacht habe.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Gauvorstandsantrag, die Anstellung eines dritten Verwalters am 1. Oktober 1908, sowie die Erweiterung der Bureauverhältnisse. Kollege Klingzig hatte die Begründung des Antrags übernommen. Er bezeichnete die Zustände auf dem Gauverwaltungsamt als unhaltbar, räumlich sowohl als dienstlich; die Arbeitszeit überfordere bedeuten das Maß der vertraglichen Anstellungsbedingungen und sei eine Verbesserung der Verhältnisse dringend notwendig.

Ein Antrag, welcher Einschränkung der Redezeit auf fünf Minuten forderte, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Kollegen Brand (Schramberg) und Knapper (Heilbronn) empfahlen die Annahme des Gauvorstands- antrags. Kollege Imhoff (Ulm) erklärte, daß die Mitgliedschaft Ulm sich gegen die Anstellung eines dritten Verwalters ausgesprochen habe, er glaube aber nach dem heute Gehörten die Verantwortung übernehmen zu können, wenn er nunmehr für die Anstellung eintrete. Kollege Klein führte noch aus, daß auch sehr viel von außerhalb dem Gau zugehende Zuschriften und Anfragen durch den Kollegen Knie in seiner Eigenschaft als Gehilfenvertreter zu erledigen seien. Die Abstimmung ergab nahezu einstimmige Annahme des Antrags. Ein weiterer Antrag bezweckte, die Vorbereitungen zur Wahl eines dritten Verwalters in die Hände einer achtgliedrigen Kommission zu legen, und wurden in dieselbe die Kollegen Wang- haff, Vollig, Dengler, Kretschmar, Schönleiner (Stuttgart), Knapper (Heilbronn), Schübelin (Pforz- heim) und Wehner (Eßlingen) gewählt.

Hiermit war die Haupttagung des Tages geschlossen und wurden die noch auf der Tagesordnung stehenden Anträge auch der vorderückten Zeit wegen mit Eilzug- geschwindigkeit behandelt. Kollege Klingzig zog den von ihm eingebrachten Antrag, die Veröffentlichungen der Spartenvereine auf dem Wochenbericht betreffend, zurück; der Antrag Pforzheim, Vertrauensmännerkonferenzen der größten Mitgliedschaften einzuberufen, wurde dem nächsten Gantag als Material überwiesen. Ein weiterer von Pforzheim gestellter Antrag, dem in Orten von weniger als fünf Mitgliedern die Geschäfte besorgen- den Kassierer ebenfalls eine Remuneration von 1 Proz. zu gewähren, fand Annahme. Der Eßlinger Antrag, den Gantag abwechselungsweise in den größeren Druck- orten abzuhalten, wurde zurückgezogen bzw. dem nächsten Gantag als Material überwiesen. Zum nächsten An- trage, die Regelung der Quartalsabrechnungen der Druckereikasierer und Vertrauensmänner betreffend, er- klärte Kollege Knie, daß schon seit einiger Zeit bei mehreren Mitgliedschaften die Abrechnung im Sinne des Antrags gehandhabt werde, und sprach die Hoffnung aus, daß solches im ganzen Gau gelingen möge. Der Antrag Schüllkopf, zum Zwecke der Abhaltung von Fachkon- ferenzen und technischen Vorträgen den einzelnen Sparten einen Zuschuß aus der Gantage zu gewähren, wurde dem Gau- vorstand zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen.

Nunmehr war die Tagesordnung erledigt. Kollege Kayser übernahm den Vorsitz, lobte die Einmütigkeit der Delegierten bei den Verhandlungen und sprach allen Anwesenden hierfür seinen Dank aus.

Kollege Bong dankte dem Gauvorstand im Namen der Delegierten für seine Geschäftsführung.

Nach einem kurzen Resümee von seiten des Vorsitzen- den über die heutigen Verhandlungen und dem Wunsche, daß die Generalversammlungsbeschlüsse zum Nutzen der Allgemeinheit ausfallen mögen, schloß derselbe mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buch- drucker den Gantag.

Ein Teil der auswärtigen Delegierten fand sich noch mit Stuttgarter Kollegen zu einem gemüthlichen Abschieds- trank im „Hotel Franck“ zusammen. Nur zu schnell rückte die Zeit heran, zu welcher alle Kollegen den heimatkundigen Penaten zufliehen mußten.